



Magistratsabteilung 35

**„Was unsere
Leute leisten, ist
unglaublich!“**



Leitartikel

**COFAG-U-Ausschuss.
Jetzt!**



teamwork

Das Mitglieder-Magazin der Hauptgruppe 1

3/2022

**Wer
hat die
COVID-19-
Milliarden
kassiert?**

**Die privatisierte
Geldverteilung
der Regierung**




Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1.

AKTION SCHULSTARTGELD

1. bzw. 5. Schulstufe



... weitere Informationen
bei Deiner örtlichen
Gewerkschaftsvertretung.

www.hgl.at

younion
Die Daseinsgewerkschaft

Hauptgruppe 1

HG 1-Service & rasche Info

Dienstrecht

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Kurt Mrzena-Merdinger

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Pensionsrecht

Günter Unger

guenter.unger@wien.gv.at

Margit Pollak

margit.pollak@wien.gv.at

Frauen, Jugend & Diversität

Regina Müller

regina.mueller@wien.gv.at

Kollektivverträge & Soziale Arbeit

Elisabeth Jarolim

elisabeth.jarolim@wien.gv.at

Organisation & Veranstaltungen

Michael Witzmann

michael.witzmann@wien.gv.at

Mitgliederanfragen & -betreuung

Nikolaus Borbely

nikolaus.borbely@wien.gv.at

Michael Lewisch

michael.lewisch@wien.gv.at

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte
unserer Homepage www.hg1.at



Liebe Leserin, Lieber Leser,



BILD: © RENEE DEL MISSIER/AGCT

**Karin Zauner-
Lohmeyer**

Chefredakteurin
teamwork

Transparenz steht im Mittelpunkt dieser Ausgabe. Das Wort bedeutet: Durchschaubarkeit, Durchsichtigkeit, Nachvollziehbarkeit. Es steht für Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit und Offenheit. Transparenz ist das Licht, das jede Demokratie zum Leben, Blühen und Gedeihen braucht. Sie leuchtet politische Vorgänge und Geldflüsse aus, damit sie für alle sichtbar und nachvollziehbar werden. Dysfunktionales, Ungesetzliches, Bedenkliches wird im Scheinwerfer der Transparenz identifizierbar und damit auch öffentlich besprechbar. Nur so können staatliche Strukturen und Politik weiterentwickelt werden. Transparenz fördert Vertrauen der Bürger*innen in den Staat und macht die Demokratie stabil und zukunftsfähig!

Umso erstaunlicher ist es, dass die ÖVP von diesen zentralen Prinzipien – und der damit verbundenen öffentlichen Kontrolle abweicht – zuletzt in der Causa COFAG (COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH). Im Frühjahr 2020, zu Beginn der COVID-19-Krise, hat der damalige Finanzminister Gernot Blümel entschieden, 19 Milliarden Euro an Hilfgeldern für Unternehmen nicht über das Finanzministerium, sondern über eine Firma, die COFAG, auszuzahlen. „Mehr privat, weniger Staat“ – ganz bewusst hat er das Fachwissen des Ministeriums ausgeschaltet und eine „Blackbox“ geschaffen, die nach seinen Spielregeln funktioniert.

Wer hat von den COVID-19-Milliarden profitiert? Das bleibt trotz 17 parlamentarischer Anfragen der Opposition unbeantwortet. Auch der Rechnungshof übt vernichtende Kritik!

Konstrukte wie die COFAG sind völlig inakzeptabel. Intransparenz schafft ein Biotop für Freunderlwirtschaft und Korruption. Öffentliche Aufgaben müssen in öffentlicher Hand, unter öffentlicher Kontrolle bleiben! Es braucht in der Causa COFAG eine lückenlose Aufklärung.

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz **Impressum Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:** FSG in der unionion _ Die Daseinsgewerkschaft - Landesgruppe Wien - Hauptgruppe 1, 1090 Wien, Maria-Theresien-Straße 11, Tel.: (01) 31316-83700, DVR.Nr. 0046655, ZVR.Nr. 576 43 93 52 **Vorsitzender:** Manfred Obermüller **StV:** Margit Pollak, Günter Unger **Redaktionskomitee:** Stephanie Grguric, Erwin Feichtlbauer, Regina Müller, Manfred Obermüller, Beate Orou, Gerhard Pledl, Margit Pollak, Angelika Schleinzer, Felix Steiner, Günter Unger, Andreas Walter, Michael Witzmann **Chefredaktion:** Karin Zauner-Lohmeyer **Layout:** esberger | strategie & kommunikation **Erscheinungsort:** Wien **Erscheinungsart:** mindestens vier Mal jährlich

Hersteller: Druckerei Jentzsch, 1210 Wien

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Jede Vervielfältigung von Texten und/oder Fotos bzw. Illustrationen ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Coverfotos: depositphoto; PhilippSchuster/HG 1

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, Druckerei Hans Jentzsch & Co GmbH, UW-Nr. 790



Wenn der Markt doch **nicht alles regelt**

Seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine sind die Energiepreise nochmals exorbitant nach oben geschneit – einige Konzerne verdienen daran prächtig.



BILD: © ROBERT FLUBA

Thomas Kattnig
Bereichsleiter EU
und Internationales
der youunion_Die
Daseinsgewerk-
schaft, Mitglied
im Europäischen
Wirtschafts- und
Sozialausschuss

Egal ob an der Supermarktkassa oder Zapfsäule, beim Blick auf die Stromrechnung oder die Mietvorschreibung – die Preise explodieren und mit ihnen die Profite weniger Unternehmen und Konzerne, während viele Menschen vor gewaltigen Problemen stehen. Die Regierung legt die Hände in den Schoß, anstatt die Menschen vor der Preisexplosion zu schützen. Diese Tendenz ist seit Monaten spürbar und hat zu einer Inflation geführt, die wir schon ewig nicht kannten und eine massive Teuerungswelle losgetreten. Das zerstört unseren Wohlstand und gefährdet den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Während die einen nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen, fahren andere massive Gewinne ein.

Zufallsgewinne

Der Energiekonzern Verbund hat im ersten Halbjahr seinen Gewinn im Vergleich zum Vorjahr um rund 150 Prozent auf über 800 Millionen Euro gesteigert. Die OMV hat ihren Halbjahresgewinn auf 3,4 Mrd. Euro mehr als verdoppelt. Diese Gewinne sind jedoch nicht aufgrund außerordentlicher Leistungen, Innovationen oder neuer Geschäftsmodelle entstanden, sondern durch „Zufall“ aufgrund der Marktlage (sogenannte windfall profits). Die Strompreisbildung erfolgt durch

**Preisdeckel auf Gaskraftwerke,
um Strompreise zu senken.**



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / GAGODESIGN

Ohne Aufsicht und Vorgaben regelt der Markt sicher nichts zum Wohle aller

die sogenannte Merit Order. Das bedeutet verkürzt gesagt, das teuerste Kraftwerk – für Österreich sind das Gaskraftwerke – setzt den Preis.

Die Strompreise könnten allerdings leicht auf ein erträgliches Niveau gesenkt werden: Der Staat kauft Gas ein und stellt es den Betreibern der Gaskraftwerke zur Verfügung. Dies würde die Strompreise senken und auf die Inflation dämpfend einwirken. Diese Lösung wird von Spanien und Portugal bereits umgesetzt.

Profite besteuern

Finanzieren könnte man diesen Deckel mit einer Sondersteuer auf die Übergewinne der Unternehmen, die die Preise anheben, ohne dass ihre Produktionskosten gestiegen sind. Mit den weiteren Erlösen sollen gezielt Investitionen in erneuerbare Energien erfolgen

und wirtschaftlich schwachen Haushalten durch strukturelle Maßnahmen geholfen werden. Diese Lösung wird bereits in Spanien und Italien oder im Vereinigten Königreich umgesetzt.

Energiewende finanzieren

Die Liberalisierung der Energiemärkte, politische Fehlentscheidungen, wie etwa die Abhängigkeit von Gazprom, bzw. geringe Investitionsanreize, um den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben, führten dazu, dass die aktuelle Situation so problematisch ist. Die Marktkonstruktion, die theoretisch den Preis regeln sollte, greift im aktuellen Fall nicht. Die Krise zeigt daher deutlich, dass der Energiemarkt einer sofortigen Korrektur bedarf und für die Energiewende fit gemacht werden muss.

thomas.kattnig@youunion.at

Freunderlwirtschaft & ÖVP-Selbstbedienungsladen

COFAG-U-Ausschuss. Jetzt!

Hohe Beraterkosten“, „intransparent“, „wenig zweckmäßig“, „Überförderung von Unternehmen“ – in einem Rohbericht zerlegt der Rechnungshof die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes. Die ÖVP hat den Ausnahmezustand „COVID-19-Krise“ dazu benützt, um eine privatrechtliche Gesellschaft, die COFAG, aus dem Boden zu stampfen. Mit dem Ziel, öffentliche Kontrolle unmöglich zu machen. Die COFAG ist als gigantische Geldverteilungsmaschine angelegt, die nach ÖVP-Spielregeln funktioniert. Aus dem Ausnahmezustand wurde für die ÖVP ein „Idealzustand“ für das Ausnehmen des Staates.

Die Causa COFAG ist ein Paradebeispiel, was geschieht, wenn staatliche Aufgaben „privatisiert“ und so bewusst der parlamentarischen Kontrolle entzogen werden. Viele Fragen werden möglicherweise nie zur Gänze beantwortet werden können: Wohin sind die 17 Milliarden Euro an COVID-19-Hilfsgeldern geflossen? Nach welchen Kriterien wurden sie verteilt? Wer hat profitiert?

Die COFAG zeichnet ein Sittenbild einer ÖVP, die auf „weniger Staat und mehr privat“ setzt und sich sukzessive von einem demokratischen Grundkonsens verabschiedet – nämlich davon, dass die Gebarung eines Rechtsstaats staatlicher Kontrolle bedarf – etwa durch den Rechnungshof oder das Parlament. Die ÖVP ist jene Partei, die seit den 1980er Jahren in den Chor der FPÖ, die „das Beamtentum“ und den öffentlichen Dienst als Hort der Misswirtschaft und Privilegien gebrandmarkt hat,



Manfred Obermüller
Vorsitzender
Hauptgruppe 1

BILD: © PHILIPP SCHUSTER/AG

zunehmend eingestimmt hat. Dahinter stand schon damals die Absicht, die öffentliche Verwaltung und den Sozialstaat zu schwächen, um dem Markt das Wort zu reden. Fakt ist: Ein starkes Beamtentum ist das Fundament des Rechtsstaats, die Basis einer funktionierenden Verwaltung und ein Bollwerk gegen Korruption. Es sichert fachlich zuverlässige Entscheidungen, Gesetze und Verordnungen. Das gilt gerade auch in Krisenzeiten. Öffentlich Bedienstete müssen so gestärkt sein, dass sie von der Rechtsordnung gegen politische Interventionen und Partei-

Handlanger, wie Generalsekretäre von Ministerien, immunisiert sind.

Konstrukte wie die COFAG sind völlig inakzeptabel. Öffentliche Aufgaben gehören in die öffentliche Hand, unter öffentliche Kontrolle! Wenn es ein Gebot der Stunde gibt, dann dieses: Parlamentarische Untersuchung der Causa COFAG durch einen U-Ausschuss – jetzt! Skandale wie diese sind nicht nur ein finanzielles Desaster, sondern zerstören auch das Vertrauen in die Demokratie.

manfred.obermueller@wien.gv.at

**„Öffentliche Aufgaben gehören
in die öffentliche Hand, unter
öffentliche Kontrolle!“**

Wer hat die COVID-19-

Mit der Gründung der „COVID-19 Finanzierungsagentur 19 Milliarden Euro COVID-19-Hilfsgeldern privatisiert. Eine

16. März 2020: Der erste Lockdown tritt in Kraft, binnen einer Woche steigt die Zahl der Arbeitslosen um mehr als 115.000 an. Es war klar, dass der Staat die österreichische Wirtschaft mit zig Milliarden wird unterstützen müssen. Doch wer sollte die Hilfgelder nach welchen Kriterien verteilen? Der damalige Finanzminister Gernot Blümel entschied sich, extra dafür eine GmbH aus dem Boden zu stampfen. Aus dem Nichts. Ganz bewusst hat er auf das Fachwissen und die Erfahrung der Kolleg*innen des Finanzministeriums „verzichtet“. Sie wurden nur punktuell einbezogen. Was die ehemalige ÖVP-Generalsekretärin Laura Sachslehner „Gebot der Stunde“ nannte, ist für den Rechnungshof ein aufzuklärendes Vorgehen.

Anwälte schreiben Gesetze

Hat der damalige Finanzminister Gernot Blümel diese große Aufgabe dem eigenen Ministerium nicht zugetraut? Wäre es nicht das „Gebot der Stunde“ gewesen, in dieser Krise sofort die Expert*innen aus dem „eigenen“ Ministerium zusammenzutrommeln, um nach Lösungen zu suchen? Hat es auch Alternativen zur COFAG gegeben? „Die COFAG entstand binnen weniger Tage ohne nachvollziehbare Dokumentation der Willensbildung und Entscheidungsfindung im Finanzministerium sowie ohne

ein Mindestmaß an Begründung und Abwägung der Alternativen“, kritisiert der Rechnungshof in seinem Rohbericht.

Die COFAG wurde als Tochtergesellschaft der ABBAG, Abbaumanagementgesellschaft des Bundes zur Abwicklung der Hypo Alpe Adria, eingerichtet. Als Geschäftsführer wurde – wenig überraschend – ein Blümel-Vertrauter eingesetzt: Bernhard Perner, der ABBAG-Geschäftsführer, der auch die COFAG bis 21. 6. 2022 leiten sollte. Er trat so die Eigentümerinteressen gegenüber sich selbst. Eine Kons-

tellation, die es ihm laut Rechnungshof-Rohbericht untersagt hätte, von der COFAG auch Gehälter zu kassieren, was er aber getan hat. Laut der Plattform kontrast.at waren es 280.000 Euro für das angebrochene Jahr 2020 von der ABBAG und 175.000 Euro von der COFAG.

Statt Beamt*innen des ressortzuständigen Finanzministeriums haben plötzlich private Rechtsanwält*innen sogar Gesetzesentwürfe verfasst, für ein Honorar von über 4.000 Euro pro Tag. Es wurde ein achtköpfiger Aufsichtsrat zusammengestellt,



Die COFAG entstand in wenigen Tagen, ohne Abwägung von Alternativen.

Milliarden kassiert?

des Bundes GmbH“ (COFAG) hat die ÖVP die Verteilung von Spurensuche. Von Karin Zauner-Lohmeyer.

der sich durch ein juristisches Gutachten sogar „Haftungsbefreiung“ hat attestieren lassen. Dieser Aufsichtsrat kostete die Republik Österreich im ersten Jahr 405.186 Euro. Allein der Schriftführer hat für das Verfassen von Protokollen über 125.000 Euro kassiert. Von März 2020 bis Juni 2021 hat die COFAG 21 Mio. Euro für Beratung ausgegeben, vier Millionen für Rechtsberatung. *)

21 Mio. für Beratungsleistung

Die Fakten verdichten sich zunehmend zur Frage: Wer hat an der COFAG eigentlich verdient? Statt in einer Krise sorgsam mit Steu-

ermitteln umzugehen, hat die Bundesregierung eine „Blackbox“ gebastelt – nicht einsehbarer Konstruktion, nicht kontrollierbare externer Dienstleister. Parlamentarische und staatliche Kontrolle wurden bewusst ausgeschaltet.

In 17 parlamentarischen Anfragen haben die Oppositionsparteien SPÖ, NEOS und FPÖ versucht, Auskunft zu erhalten, was mit den Milliarden geschehen ist, welche Unternehmen wie viel Geld erhalten haben. Ohne Erfolg. Erst das EU-Beihilfenrecht zwang den Finanzminister, die Namen der Begünstigten der COVID-19-Hilfsgelder ab einer Fördersumme von 100.000 Euro zu veröffentlichen.

Nichtsdestotrotz: Die Opposition bleibt beim Thema COFAG am Ball und fordert lückenlose Aufklärung. Vorgeschlagen wird ein Unter-U-Ausschuss im ÖVP-Untersuchungsausschuss. Ebenso müssten Fragen geprüft werden, ob die Milliarden-Hilfen tatsächlich ihre wirtschaftliche Wirkung erzielt haben – meint zumindest die Opposition. Über 17 Mrd. Euro (von den 19 Mrd.) an Hilfen und Garantien hat die COFAG bis Ende Juli 2022 gewährt. Der Rechnungshof spricht von einem „erheblichen Risiko für Überförderungen“.

„Mehr privat, weniger Staat“

Wer sich mit der COFAG befasst, kommt unweigerlich zum Schluss, dass es neben Überförderung wohl auch Überforderung gab. Denn um die Auszahlung zu beschleunigen, hat die COFAG laut „Falter“ mehrmals Richtlinien



Bernhard Perner und Georg Blümel bei einer Pressekonferenz der Regierung zu neuen Corona-Finanzhilfen

vereinfacht und Kontrolle beschnitten. Bis Juni 2021 hat die COFAG demnach rund 7,8 Mrd. ausbezahlt – ohne „internes Kontrollsystem“, so der Rechnungshof. Die COFAG ist das Ergebnis einer Politik, die ganz nach dem Motto arbeitet: „Mehr privat, weniger Staat“. „Wir lassen uns dieses Erfolgsmodell nicht von der aufgeregten Opposition schlechtreden“, sagt ÖVP-Budgetsprecher Gabriel Obernosterer über die COFAG. Die Geschichte wird über dieses „ÖVP-Erfolgsmodell“ ihr Urteil fällen. Das hat sie auch in der Causa „Eurofighter“ getan.

chefredakteurin@fsg-hg1.at

*) Mehr zu den COFAG-Milliarden auf der Seite zum Nachdenken – Seite 28.

Parlamentarische und staatliche Kontrolle wurden bewusst ausgeschaltet.



„Intransparenz ist das Einfallstor für **Korruption**.“

Was Satire für die Demokratie leistet und was gegen Korruption in Österreich dringend getan werden muss, erklärt Florian Scheuba im teamwork-Interview.

teamwork: Sie schreiben in Ihrem Buch „Wenn das in die Hosen geht, sind wir hin“ über die türkisen Chats, Machtmissbrauch und Korruption. Wie sind Sie auf die Idee gekommen?

Florian Scheuba: Der Zsolnay Verlag hat mich gefragt, ob ich nicht ein Buch schreiben möchte. Ich konnte auf meine Texte für die Kolumne im Standard und für meinen Podcast im Falter zurückgreifen. Alles sehr spontan.

Wo ist die Marktlücke angesichts der satirischen Performance der österreichischen Innenpolitik?

Ich sage immer: Es gibt einen Unterschied zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Komik. Der Bundeskanzler steht ja nicht am Vorabend zu Hause und sagt: „Mir fällt für morgen eine super Pointe ein. Ich sage: Die ÖVP hat kein Korruptionsproblem.“ Natürlich funktioniert das als Pointe. Ich glaube nur nicht, dass es seine Absicht war. Ich habe dann gesagt: „Natürlich hat die ÖVP kein Korruptionsproblem, denn ein Bordell hat ja auch kein Sexualitätsproblem und mein Hund hat auch kein Knackwurstproblem.“ Aber es gibt auch Inhalte, die braucht man einfach nur vorzulesen und sie sind lustig.

Haben Sie ein Beispiel?

Ein Leitartikel von Martina Salomon im Kurier, in dem sie sagt, dass die Berichterstattung über Korruption den Wirtschaftsstandort Österreich gefährde. Wenn du den Artikel auf



BILD: © MICHAELA BRUCKBERGER/HGT

der Bühne liest, dann lachen die Leute.

Wie ist es um das politische Bewusstsein der Österreicher*innen bestellt?

Prinzipiell bin ich immer sehr vorsichtig mit dem Verallgemeinern. Ich sehe es als eine wichtige Aufgabe meines Buches, zu differenzieren. Wer hat was wie und wo gemacht und wie können wir das einordnen. Sogar HC Strache schafft es im Ibiza-Video zu differenzieren. Am Anfang sagt er: „Novomatic zahlt an alle.“ Und später sagt er dann: „Novomatic zahlt an alle drei.“ Er meint ÖVP, SPÖ und FPÖ. Und wenn es Strache schafft, zu differenzieren, dann kann man das auch von der Berichterstattung und den Wähler*innen verlangen.

Apropos Buch: Sie zitieren darin immer wieder aus dem ÖVP-U-Ausschuss. Waren Sie live dabei?

Ja, ich war mit Florian Klenk dort. Ich habe dort schon wie wild mitgeschrieben, weil ich vieles sehr originell und interessant fand. Jeder und jede kann die U-Ausschuss-Protokolle im Netz nachlesen. Mir war wichtig, in meinem Buch gegen jene anzuschreiben, die sagen: „Der U-Ausschuss ist eh für nichts. Die beschimpfen sich nur und da kommt nichts heraus.“ Nein! Es ist sehr aufschlussreich, was Leute dort sagen, wie sie es sagen, was sie nicht sagen und wie sie antworten, wenn sie behaupten, keine Ahnung zu haben, oder dass sie es vergessen haben. Und vor allem: auf welche Fragen sie nicht antworten wollen.

Was Schmid, Blümel und Kurz in die Chats hineingeschrieben haben, das wirkt so, als hätten sie stets das Gefühl gehabt, dass ihnen nichts passieren kann.

Ja. Hybris war ein ganz großes Thema. Sie haben sich unverletzlich gefühlt. Und sicher. Dadurch war alles so ungeniert. Ich versuche mir immer vorzustellen, wie es dem Schmid gegangen ist, in dem Moment, als er draufgekommen ist: Es ist doch nicht alles auf dem Handy gelöscht.

Denken Sie, dass Ihre Arbeit gesellschaftliche Veränderungen bewirkt?

Jeder, der mit einem satirischen Anliegen auf die Bühne geht, hat die Vision, dass er irgendwas bewirkt.



Der Autor

Florian Scheuba

geboren 1965 in Wien, ist seit vielen Jahren Kabarettist, Schauspieler und Autor. Er war unter anderem Mitbegründer von „Die Hektiker“, einer der erfolgreichsten Kabarettgruppen Österreichs. Von 2011 bis 2018 war Scheuba mit Robert Palfrader und Thomas Maurer einer der drei Staatskünstler in der ORF-Sendung „Wir Staatskünstler“.

Anders als im Fernsehen treten die Staatskünstler auf der Bühne noch regelmäßig auf. In Form des investigativen Kabarettts beschäftigt sich Scheuba in seinen Programmen, Kolumnen und Büchern seit Jahren mit der österreichischen Gesellschaft, Politik und Realität; er ist regelmäßiger Kolumnist bei Der Standard und À la Carte, »Scheuba fragt nach« Podcast beim Falter-Radio.

Homepage:
www.florianscheuba.com

Als „Wir Staatskünstler“ haben wir im Audimax die Telefonprotokolle von Grasser, Meischberger und Ernst Plech vorgelesen. Die Zuspitzung: „Wo war mei Leistung?“ war für viele Leute ein Erkenntnismoment und hat einen sehr intensiven, öffentlichen Diskurs ausgelöst.

Wie haben Grasser, Meischberger und Co reagiert?

Grasser hat sich damals ein 600-Seiten-Gutachten schreiben lassen, in dem steht, dass wir Kabarettisten durch unser Wirken mit daran mit schuld seien, dass er angeklagt wurde.

Bestärkt Satire bereits vorhandene Meinungen im Publikum?

Ich verwehre mich, zu sagen, Satire bestärkt eh nur jene, die eh schon so gedacht haben. Ein Thema in der Öffentlichkeit zu halten, ist ein Wert an sich. Viele Dinge werden wahnsinnig leicht übersehen, weil so vieles gleichzeitig passiert. Vor allem in Zeiten von sozialen Medien.

Sie beschreiben in Ihrem Buch eine ungesunde Beziehung zwischen den Systemen Politik und Medien. Woran mangelt es?

Die Parteienförderung ist in den letzten zwanzig Jahren explodiert und die Presseförderung ist gleich geblieben. Statt letzterer wird seit Jahren eine skandalöse Inseratenpolitik von Bund und

Ländern betrieben. Was in den Chats sehr schön gezeigt wird, ist die Erpressbarkeit von Politikern. Einige Boulevardmedien verwechseln die Pressefreiheit mit Erpresserfreiheit. Das Problem ist, dass die Politik da mitgemacht hat und noch immer mitmacht.

Was muss sich ändern?

Die Presseförderung gehört neu ausgerichtet und es muss auf die Qualität des Mediums geachtet werden. Was leistet ein Medium für den öffentlichen Diskurs? Qualitätsmedien sind für die Demokratie wichtig. Ansonsten fangen die Leute an, sich auf irgendwelchen Fake-News-Plattformen zu informieren, die sie dann für

gleichwertig halten. Sind sie aber nicht! Deshalb muss jetzt etwas unternommen werden!

In Ihrem Buch befassen Sie sich intensiv mit Korruption. Was kann man in Österreich dagegen unternehmen?

Wir brauchen mehr Transparenz. Österreich ist im internationalen Ranking in Sachen Transparenz auf dem vorletzten Platz. Das Amtsgeheimnis ist in dieser Form untragbar und die Bereitschaft, etwas zu ändern, ist bei Politiker*innen nur schwach ausgeprägt. Das geht bis zum kleinen Bürgermeister, der nicht will, dass ihn jemand fragt: Wer hat den Hausbau genehmigt? Wer ist in der Kommission gesessen? Es ist völlig legitim, wenn Bürger*innen sagen: „Ich finanziere das oder jenes mit meinem Steuergeld und möchte wissen, was damit passiert!“ Es ist Aufgabe der Politiker*innen, Entscheidungen zu begründen. Die Intransparenz ist das Einfallstor für Korruption. Das haben wir beim Eurofighter-Deal erlebt und das erleben wir nun mit der COFAG.

Wie sehen Sie die Rolle der Gewerkschaft in der Gesellschaft?



BILD: © MICHAELA BRUCKER/HGT

Die Rolle der Gewerkschaft ist eine undankbare geworden in den letzten Jahren. Vergleichbar mit der Rolle der Politik. Der Gestaltungsspielraum ist geringer geworden, weil eine gewisse Form von religiösem Fundamentalismus Einkehr gehalten hat: der Neoliberalismus. Der Glaube an die „unsichtbare Hand des Marktes“, die wie von Zauberhand alles zum Guten führt. Das wurde oft schon widerlegt. Aber die Kräfteverhältnisse haben sich verschoben. Darunter leiden auch die Gewerkschaften.

Was würden Sie den Gewerkschaften empfehlen?

Sich zurückzubedenken, worum es eigentlich geht! Nicht um Machterhalt oder Sicherung der eigenen Privilegien, sondern um Gerechtigkeit. Es wäre fatal, wenn die Gewerkschaft als politischer Player marginalisiert würde. Das wäre für niemanden gut.

Wie hat sich COVID-19 auf die Menschen in der Kulturszene ausgewirkt?

Verheerend. Alle sind verunsichert. Keiner weiß, was kommt. Vom Kabarett bis zum Burgtheater. Klar hofft man, dass es ein politisches Bekenntnis gibt, nicht alles den Bach runtergehenzulassen. Populistisch betrachtet, gewinnst du mit Kultur nicht sehr viele Wählerstimmen. Was dabei oft übersehen wird, ist die Tatsache, welche Umwegrentabilität der Kultursektor hat, welche enorme Wertschöpfung.

Auch die Leistungen der Wiener Stadtverwaltung werden meist als „selbstverständlich“ gesehen.

Im internationalen Vergleich steht Wien diesbezüglich gut da. Um das allen bewusst zu machen, braucht es aber bitte nicht noch mehr Inserate in immer weniger gelesenen Boulevardblättern.



Das Buch

„Wenn das in die Hose geht, sind wir hin“

Unzählige Chat-Nachrichten auf einem Mobiltelefon von Thomas Schmid erschütterten im Herbst 2021 die Republik. Gekaufte Medien, perfide Intrigen, schamloser Postenschacher und Korruption unterschiedlichster Gestalt treten darin zutage. Es ist ein Lügengebäude, das seinen zuvor stets auf Message Control bedachten Erbauern nun um die Ohren fliegt.

Florian Scheuba hat sich auf eine so spannende wie satirische Spurensuche begeben. Was er dabei fand, ist ein von Nebelgranaten verdunkeltes Trümmerfeld, das so manche Überraschung aus dem Innenleben der türkisen Partiefamilie bereithält.

Erschienen 2022 im Verlag Paul Zsolnay, 160 Seiten, ISBN: 978-3-552-07316-6, 18 Euro

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Querrauner**„Vampire
in Anzügen“**

Es gibt eine Berufsgruppe, für die ich ein klein wenig Bewunderung hege. Es sind die Optimierer und Effizienzsteigerer, die Excel-Ritter und Welterklärer, die Selbstdarsteller*innen und die Anglizismen-Götter. Sie sind die großen Präsentator*innen und Blender*innen unserer Zeit: Die Unternehmensberater*innen. Nur sie schaffen es, Wissen, das es in der eigenen Organisation gibt, den Cheffinnen und Chefs derselben Organisation zu verkaufen. Und das musst du mal zusammenbringen!



**Consultants saugen
die Mitarbeiter*innen
aus und verdienen
damit viel Geld.**

Wie läuft so eine Beratung ab? Das ist schnell erzählt: Hat eine Dienststelle ein Problem und traut den eigenen Leuten nichts zu, dann kommen die Berater*innen. Sie fallen in die Dienststelle ein, in die Chef*innen-Etage. Breites Grinsen, aufgesetzte Freundlichkeit, galant und höflich. Es folgt der eingelernte Urlaub-Wetter-Family-Smalltalk. Kaffee? Ja, bitte, aber ohne Zucker! Danach geht's zur Sache: Wo liegen denn „die Herausforderungen“, wo sind denn die „Pain Points“? Die Dienststellenleitung schildert das „Unrunde“, das es zu wuchten gilt.

Ein paar Tage später folgt der große Auftritt. Der Senior-Consultant – meist männlich, Aktentasche, Anzug, grau meliertes Haar, 50 plus – präsentiert nicht irgendein Konzept, sondern DAS Konzept, the one and only. Er transferiert das geschilderte Problem in Bilder und Symbole, kompakt und klar. Auf der Tonspur wiederholt er all das von den Auftraggeber*innen Gesagte – mit ruhiger,

tiefer, getragener Stimme, bedeutungsvoll. Langsam und deutlich. Und die Auftraggeber*innen sind begeistert: „Der hat uns verstanden!“

Es folgt der Teil mit dem „Big Picture“, „am Ende des Tages“, „Vision“ und „Strategie“. Dann wird von „low hanging fruits“ gefaselt, von „proaktivem Handeln“, „quick wins“, „Agilität“ und von der „Fokussierung“ auf die „Core Values“. Es werden Interviews mit Mitarbeiter*innen vorgeschlagen. Der Zweck: Wissen absaugen. Und dafür braucht es Zeit. Viel Zeit. Die kostet! 200 bis 350 Euro die Stunde! Kritiker*innen nennen die Berater oft auch „Vampire in Anzügen“.

nen die Berater oft auch „Vampire in Anzügen“.

Am Schluss werden nicht selten die Ideen der Mitarbeiter*innen als eigene präsentiert. Ein Aderlass des Wissens. Natürlich sind nicht alle Beratungsfirmen so dreist, aber leider sehr viele. Überall wird gespart, Geld spielt bei Consultants offenbar keine Rolle. Schön, dass auch der Rechnungshof das so sieht. Haben die Ideen der eigenen Mitarbeiter*innen nur aus dem Mund eines Consultants einen Wert? Wie wär's mit mehr Vertrauenskultur?

Wendelin

Gehaltspfändungen, Privatkonkurse & Co

Die sozialen Auswirkungen der aktuellen Krisen – Klima, Pandemie und Krieg – sind unübersehbar und fordern die MA 2-Spezialist*innen bis ans Limit.

Eine heikle Aufgabe in der Gehaltsverrechnung wickelt das kleine Spezialreferat „Exekutionen und Bezugsvorschüsse“ in der MA 2 ab: Gehaltsexekutionen, Privatkonkurse, Bezugsvormerkungen (= Gläubiger, z. B. Banken, lassen sich beim Arbeitgeber einen „Rang“ für die Einholung ausstehender Forderungen sichern), Bezugsvorschüsse etc.

Das kleine Referat besteht aus fünf Kolleg*innen und einem Lehrling. Sie müssen nicht nur fachlich top sein, sondern auch die (verständlichen) Emotionen ihrer „Kund*innen“ aushalten. Schließlich fallen schon in „normalen“ Zeiten etwa 2.000 Gehaltspfändungen pro Monat (!) an. Aus rechtlichen Gründen muss jeder Akt unbedingt am selben Tag erfasst werden. Das bringt das eingeschworene Team häufig jetzt schon an Belastungsgrenzen. Hinzu kommen täglich zahllose telefonische und schriftliche Anfragen von Gläubigern, Rechtsanwält*innen, Gerichten und Gehaltsempfänger*innen.

Teuerung bringt Probleme

„Wer jetzt schon seine Zahlungen nicht schafft, bekommt wegen der explodierenden Energiepreise und der allgemeinen Teuerung rasch echte Probleme“, befürcht

„Spezialist*innen wachsen nicht auf den Bäumen.“



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / KMPZZ

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, bei einer Gehaltspfändung den pfändbaren Gehaltsanteil an Gläubiger weiterzuleiten

tet Referatsleiter Josef Fabsics. Dass die Teuerung eine weitere Welle von Gehaltspfändungen und Privatkonkursen auslösen wird, liegt auf der Hand. „Die Einmalzahlungen und Bonuslösungen der Bundesregierung sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, ergänzt Dienststellenausschuss-Vorsitzende Angelika Schleiner. „Im nächsten Monat muss ja wieder die Miete, die Heizung und vieles mehr bezahlt werden. Damit beginnt der Teufelskreis von vorne. Die Bundesregierung muss der Bevölkerung nachhaltig helfen und endlich auch Klartext reden.“

Aber auch das kleine Spezialreferat hat seine Nöte: „In den

nächsten Jahren werden drei von den fünf Spezialist*innen in Pension gehen.

Spezialist*innen gefragt

„Die Personalvertretung fordert schon lange ein rechtzeitiges, vorausschauendes Ausbilden“, berichtet Schleiner. „Fachwissen ist einfach nicht auf Knopfdruck verfügbar und Spezialist*innen wachsen nicht auf den Bäumen.“ Ein erster Erfolg ist dennoch gelungen: Schon im November 2022 soll eine Praktikantin oder ein Praktikant aus dem Programm „Jobs PLUS Ausbildung“ für eine künftige Anstellung im Referat ausgebildet werden.

teamwork@fsg-hg1.at

Höchste Zeit für Veränderungen

Die Wünsche und Bedürfnisse junger Arbeitnehmer*innen wandeln sich. Auch die MA 11-Sozialpädagogik muss die Zeichen der Zeit erkennen und rasch reagieren.



Ständiger Personalausfälle kompensieren zu müssen, macht den Beruf „Sozialpädagog*in“ nicht attraktiver

Noch nie stand der Begriff „Work-Life-Balance“ so im Vordergrund. Der Generationenwechsel bei den Sozialpädagog*innen stellt plötzlich vieles in Frage. Höchste Zeit also umzudenken.

Veränderte Voraussetzungen

Die Pandemie hat den Arbeitsmarkt sowie die Arbeitsbedingungen noch immer fest im Griff. Immer weniger ausgebildete Sozialpädagog*innen ergreifen diesen Beruf auch tatsächlich. Überstunden, Überstände, psychiatrisch auffälliges Klientel, ständige Erreichbarkeit zum Einspringen, Personalausfälle und

noch vieles mehr vertreibt immer mehr Menschen aus diesem schönen Beruf. Die bisherigen Arbeitszeitmodelle haben, zumindest teilweise, ausgedient. Plötzlich sind wir ein Mangelberuf. Und der Ukraine-Krieg erschwert die Situation noch zusätzlich. Immer mehr Familien geraten durch die Teuerungen in Not.

Gespräche mit dem Stadtrat

Nach mehreren Gesprächsrunden der Gewerkschaft mit Stadtrat Christoph Wiederkehr ist die Problematik jetzt auch wirklich angekommen, endlich wurden die Schwächen des Systems erkannt und ernst genommen. Wir

beschreiten nach wie vor den Weg von Verhandlungen – und erzielen Erfolge am Verhandlungstisch. Nun ist Stadtrat Christoph Wiederkehr am Zug, wir dürfen gespannt sein!

Verhandlungen mit der MA 11

Die Weichen sind gestellt, die Gespräche verlaufen extrem positiv. Keine Schönrederei, kein Abschwächen der Problematik. Diskutiert wird über alles, und es sieht gut aus. Nun werden neue Arbeitszeitmodelle in den Krisenzentren erprobt, und es wird verschiedene Teilzeitangebote für die Kolleg*Innen geben. Vor allem muss aber das Personal massiv aufgestockt werden – in den Krisenzentren, in den Wohngemeinschaften, bei den Springer*innen. Auch über eine gezielte Rufbereitschaft wird diskutiert. Zusätzlich sollen Sozialpädagog*innen in Ausbildung eingesetzt werden. Und trotzdem bleibt auch das bisherige Modell bestehen – Vielfalt ist gefragt. Denn Personal können wir nur mit dem Angebot verschiedener Modelle anlocken und auch halten – zu viele Posten sind unbesetzt. Rasche Nachbesetzungen und Aufstockungen sind darum unumgänglich.

andreas.walter@wien.gv.at



Andreas Walter
Vorsitzender
DA 116 - Wiener
Kinder- und
Jugendhilfe

BILD: © PETRA SPIOLA/HGI

Personalaufstockung zur Reduzierung der Arbeitsbelastung!

Respekt und **Wertschätzung** sehen anders aus!

Die Mitarbeiter*innen der Stadt Wien sind schon sehr flexibel, wenn es darum geht, auf neue Gesetze, Verordnungen oder andere politische Entscheidungen rasch zu reagieren.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / STOCKLIFE

Immer freundlich und zuvorkommend sein ist nicht immer einfach und fällt unter Druck oft schwer

Die anhaltende COVID-19-Pandemie zeigt, mit welcher Motivation die Mitarbeiter*innen das Service für die Stadtbewohner*innen trotz

schwierigster Begleitumstände aufrechterhalten. Auch während der Lockdowns wurde das Serviceangebot des Magistrats nie heruntergefahren und waren immer ausreichend Mitarbeiter*innen vor Ort, um alle Anliegen der Bevölkerung bestmöglich abzuwickeln.

Die Entscheidungsträger der Stadt betonen stets, wie wertvoll – gerade in dieser durch Krisen geprägten Zeit – der Einsatz ihrer Mitarbeiter*innen ist. Die Bundesregierung lässt bei ihren kürzlichen Entscheidungen jegliche Empathie vermissen. Das zeigt sich etwa bei der viel zu spät getroffenen Entscheidung für den Termin für die Bundespräsident*innenwahl. Aufgrund der enorm umfangreichen, notwendigen Vorbereitungsarbeiten für eine Wahl ist die Termin-Festlegung unmittelbar vor der Urlaubssaison ein Schlag ins Gesicht der Mitarbeiter*innen.

Horuck-Entscheidungen

Auch die vom Ministerrat einstimmig beschlossene Aufhebung der Impfpflicht ist ein Affront. Zuerst wird sie entgegen vieler Expert*innenmeinungen im Nationalrat verabschiedet, dann wird sie mangels „Verhältnismäßigkeit zur vorherrschende Omikron-Variante“ verschoben, und zu guter Letzt nach nur wenigen Monaten ganz abgeschafft. Die Stadt hatte wie immer rasch reagiert, neue Mitarbeiter*innen aufgenommen und binnen kurzer Zeit auf ihre Aufgaben vorberei-

tet, um Anzeigen nach dem Impfpflichtgesetz bearbeiten zu können. Jetzt ist diese Mehrarbeit der schulenden Kolleg*innen umsonst – und die meisten der neu Rekrutierten stehen ohne weitere berufliche Perspektive da, weil es das Gesetz, das sie vollziehen sollten, nicht mehr gibt.

Zeitraubende Widersprüche

Für das Verwaltungsgericht Wien stellen die bundesweiten Corona-Regeln ebenfalls eine enorme Belastung dar: Vorschriften wurden (und werden) häufig sehr kurzfristig in Kraft gesetzt, sehr oft geändert, und eine nicht unbedeutende Zahl vom Verfassungsgerichtshof nachträglich wieder ganz aufgehoben. Allein die Prüfung der jeweiligen Rechtslage ist daher in den beim VGW anhängigen Corona-Beschwerdeverfahren eine zeitintensive „Denksport-Aufgabe“ (um einen vom Verfassungsgerichtshof schon zu anderen Gesetzen gewählten Begriff zu strapazieren), die den enormen Arbeitsdruck noch weiter erhöht.

Die Konsequenzen dieser bundespolitischen Horuck-Entscheidungen tragen unter anderem die Mitarbeiter*innen der Stadt Wien. Es darf nicht verwundern, wenn die Motivation immer häufiger zu wünschen übrig lässt – denn Respekt und Wertschätzung sehen freilich anders aus.

maria.rotter@vgw.wien.gv.at
kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Brennpunkt Wiener Kindergärten

Für die MA 10 - Wiener Kindergärten wird eine neue Abteilungsleitung gesucht, nachdem der bisherigen von Stadtrat Christoph Wiederkehr das Vertrauen entzogen wurde.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / MAROKE

Nicht nur Kinder brauchen Anerkennung, auch Pädagog*innen müssen vor Misstrauen und Pauschalverdächtigungen geschützt werden

Seit Beginn der reißerischen medialen Berichterstattung mit oft sehr unseriösen Beiträgen über den Verdacht eines sexuellen Übergriffes an einem Kind stehen die Bediensteten der elementaren Bildungseinrichtungen ständig im Mittelpunkt der Berichterstattung, aber auch im Fokus der Politik.

Wo war das Interesse an den Kindergarten- und Hortstandorten, als diese mehrmals laut um Hilfe geschrien haben? Wo war das Interesse für die laufenden Hinweise auf fehlendes Personal in den Gruppen – in denen aufgrund der enormen Anzahl an Kindern pro Gruppe oft nur eine Person die Verantwortung trägt? Wo war die Wertschätzung während der gesamten Zeit der Pandemie für die Kolleg*innen – die den Verantwortlichen nicht einmal einen kleinen finanziellen Zuschuss Wert ist?

Dass das Wohl der Kinder an erster Stelle steht, brauchen wir nicht ständig wiederzukäuen. Das sollte, gerade in unserem Bereich, selbstverständlich sein.

Überzogene Berichterstattung

Auch die Tatsache, dass Obsorgeberechtigte sich aufgrund der Medienberichte Sorgen machen, ist nachvollziehbar – sie kennen ja nur die Medienberichte, in denen über die Kindergärten und Horte hergefallen wird. Doch kaum jemand macht sich anscheinend Gedanken darüber, wie es den Kolleg*innen geht, die mit solchen Vorwürfen konfrontiert werden.

Mittlerweile artet die Situation in eine regelrechte Hexenjagd auf alle Bediensteten der MA 10 aus. Dabei handelt es sich nach wie vor um einen Verdacht! Beschwerden, welche zuvor mit COVID-19 im Zusammenhang

standen, sind nun Anzeigen, in denen der Verdacht auf sexuelle Übergriffe bzw. über pädagogisches Fehlverhalten des Personals geäußert wird.

Wichtige Unterstützung

Der Alltag unserer Personalvertretungsarbeit hat sich seit Auftreten der Medienberichte stark verändert. Es vergeht kaum ein Tag an dem wir – die Personalvertretung aller Fraktionen – nicht Kolleg*innen zu einer Niederschrift begleiten. Auch wenn sich nach den Niederschriften der Verdacht fast nie erhärtet, der Vorwurf ist ausgesprochen und bleibt in den Köpfen der meisten Kolleg*innen hängen.

Es ist Zeit, dass die Politik sich zu ihren Bediensteten bekennt, und zwar öffentlich!

Außerdem braucht es ein umfassendes Angebot an Supervisionen für die Mitarbeiter*innen, um sie nach erfolgten, nicht bestätigten Beschuldigungen gut unterstützen zu können. Denn solche Situationen belasten die Psyche enorm – und verschärfen die Personalsituation zusätzlich. Das Kindeswohl ist wichtig, unsere Kolleg*innen aber auch!

julia.fichtl@wien.gv.at

margit.pollak@wien.gv.at

Es muss endlich wieder Ruhe einkehren!



BILD: © PETRA SPIOLA/HGT

Julia Fichtl
Referentin für
Dienstrecht



BILD: © PETRA SPIOLA/HGT

Margit Pollak
Vorsitzender-
Stellvertreterin
Hauptgruppe 1

Konvoi der Hoffnung

Viele Einsatzmittel der ukrainischen Rettung und Feuerwehr wurden durch den Krieg zerstört. Wiener Einsatzfahrzeuge geben den ukrainischen Kolleg*innen wieder Kraft!



BILD: © PHILIP SCHUSTER/HGT

Andreas Hawelka
Vorsitzender
DA 122 - Feuerwehr
und Katastrophenschutz



BILD: © PHILIP SCHUSTER/HGT

Thorsten Brandstetter
Personalvertreter
DA 118 - Berufshilfe
Wien

Abgekämpft wirkende Frauen und Männer warten gespannt auf einem großen leeren Parkplatz auf einen von der Stadt Wien angekündigten Konvoi – auf dringend benötigte Rettungs- und Feuerwehrfahrzeuge. Denn zu viele Einsatzfahrzeuge sind in ihrer Heimat schon durch die Kampfhandlungen zerstört worden. Endlich: Motorengeräusche, die immer lauter werden. Ein farbenprächtiger Mix verschiedener Fahrzeuge nähert sich: Fünf voll ausgestattete Rettungsfahrzeuge, drei Rüstlöschfahrzeuge, zwei Kommandowägen, drei Transporter und drei Kastenwagen – in Summe elf Feuerwehrfahrzeuge – liefern ein beeindruckendes Schauspiel.

„Gemeinsam in so einem Konvoi – mit den Begleitfahrzeugen waren es ja insgesamt 19 Fahrzeuge – zu fahren, alle Wagen hinter einem im Rückspiegel aufgefädelt wie auf einer Perlenkette, das ist ein unglaublich tolles Gefühl“, ist auch Mario Rauch, Leiter des Bereichs Feuerwehrtechnik, noch heute von der Hilfsaktion beeindruckt. 16 Fahrzeuge samt Ausrüstung von Berufsfeuerwehr und Berufsrettung wurden vor dem Sommer in die Nähe der ukrainischen Grenze überstellt und dort direkt an die ukrainischen Feuerwehr- und Rettungsleute übergeben.

Freudig erwartet

Als die Wiener Kolleg*innen erschöpft ihre Fahrzeuge verlassen werden sie euphorisch begrüßt. Mit herzlichen Umarmungen zeigen die Helfer*innen aus Wien



BILD: © PRIVAT

Wertvolle Hilfe auf dem Weg zur ukrainischen Grenze, wo sie von ukrainischen Einsatzkräften bereits sehnhelst erwartet wurde

den wartenden Ukrainer*innen, dass sie nicht vergessen werden. Gemeinsam werden die Rolläden und die Türen der Einsatzfahrzeuge geöffnet. Die so lebensnotwendigen Hilfsmittel werden neugierig in Augenschein genommen, wissbegierig begutachtet.

Grenzübergreifender „Spirit“

„Trotz der Sprachschwierigkeiten und nach der langen Fahrt haben wir noch am selben Abend den ukrainischen Feuerwehrleuten einen umfassenden Crashkurs zur Fahrzeugbedienung gegeben“, erzählt Mario Rauch. „Da war die ganze Anstrengung der Fahrt verflogen, wenn man gesehen hat, wie motiviert alle sind, gut ausgebildet und bereit, jedes Problem zu lösen. Die Arbeit in

einer Einsatzorganisation ist immer herausfordernd – aber dieser Einsatz war schon etwas ganz Besonderes.“

Gemeinsames Engagement

„Das Zusammenstellen des Teams für den Einsatz war dabei die leichteste Übung, die Bereitschaft zu helfen ist riesengroß“, weiß Andreas Hawelka vom DA 122 – Feuerwehr und Katastrophenschutz. Und Thorsten Brandstetter vom DA 118 – Berufshilfe Wien ergänzt: „Ein Konvoi, der den Kolleg*innen in der Ukraine rasch effiziente Hilfe bringen konnte, um das Leid der Menschen dort ein wenig zu lindern.“

thorsten.brandstetter@wien.gv.at
andreas.hawelka@wien.gv.at

Tourismismetropole Wien

Ganz selbstverständlich und wenig beachtet ist es auch der Arbeit vieler Dienststellen zu verdanken, dass Wien zu den beliebtesten Reisezielen zählt – ein Blick hinter die Kulissen.



Auch für die vielen Wiener*innen „auf Zeit“ macht die Arbeit der Magistratsbediensteten unsere Stadt (er)lebens- und liebenswert

Wien ist und bleibt – Krise hin, Pandemie her – eine Tourismusdestination ersten Ranges. Schloss Schönbrunn, Riesenrad, Hofburg und Co mit 1,4 Mio. Gästenächtigungen erreichte der Wien-Tourismus im heurigen Juli wieder etwa 83 Prozent des Aufkommens aus dem Vorkrisenjahr 2019. Der Magistrat der Stadt Wien hat einen ganz wesentlichen Anteil daran, dass Wien ein Hotspot par excellence für kulturinteressierte Städtereisende ist. Denn die Kolleg*innen in zahlreichen Dienststellen stellen ganz dezent im Hintergrund sicher, dass die Stadt auch im Sommer einwandfrei „funktioniert“.

Ein funktionierendes Verkehrsnetz – ja, Baustellen im Sommer sind ein notwendiges Übel – inklusive getimter Ampelschaltungen, unsere Öffis, die Touristen wie Einheimische bequem und schnell an ihre Zielorte bringen, umfangreiche Beleuchtung, zuverlässige Müllabfuhr, ausgezeichnetes Wasser aber auch ein wirksames Abwassersystem und vieles mehr schaffen die Voraussetzungen, damit die Wiener Hotellerie, Gastronomie und Tourismuswirtschaft erfolgreich arbeiten können.

Funktionierende Infrastruktur
Auch die Kulturabteilung inklusive Altstadterhaltungsfonds, die

Stadtentwicklung, der Umweltschutz, die Parkraumbewirtschaftung, das Marktamt oder der Presse- und Informationsdienst tragen wesentlich dazu bei. Und nur gelegentlich wahrgenommene Aufgabenbereiche wie das Rechnungs- und Abgabewesen waren in den letzten zweieinhalb Jahren mit ihrer kompetenten und entgegenkommenden Unterstützung ein wichtiger Partner der Wiener Fremdenverkehrsbetriebe, genauso wie der Gesundheitsdienst.



Gerhard Pledl
Personalverreter
DA 121 - Wiener
Stadtgärten

Wirtschaftsfaktor

Der Tourismussektor braucht den Magistrat, um wirtschaften zu können, die Stadt wiederum profitiert von der Wirtschaftsleistung, eine klassische Win-win-Situation also. Ganz nebenbei und wenig bekannt: Auch einige grundverwaltende Dienststellen, wie die Wiener Stadtgärten, das Forstamt, das Sportamt oder die Straßenverwaltung unterstützen mit ihren Flächen für Veranstaltungen den Wien-Tourismus. Im Winterhalbjahr sind bei den Wienbesucher*innen vor allem Weihnachtsmärkte sehr beliebt, im Sommer locken der Wien-Marathon, das Donauinselfest oder die Beach-Volleyball-Events vermehrt junge Reisende an.

Etliche Wiener Sehenswürdigkeiten werden übrigens direkt von der Stadt Wien betreut und unterhalten, das Wien Museum zum Beispiel und der Wiener Zentralfriedhof, der unter den Top 10 der beliebtesten Touristenziele Wiens rangiert.

gerhard.pledl@wien.gv.at

„Was unsere Leute leisten, ist unglaublich!“

Fünzig zusätzliche Dienstposten, ein neues Callcenter und Securities: Was sich in der MA 35 seit der Medienkritik im Vorjahr verändert hat, berichtet Dienststellenleiter Georg Hufgard-Leitner im teamwork-Gespräch.

Zauner-Lohmeyer: Im Jahr 2021 gab es heftige mediale Kritik an der Magistratsabteilung 35 – Einwanderung und Staatsbürgerschaft. Wie kam es dazu?

Hufgard-Leitner: Durch die Pandemie kam es zum Wegfall des persönlichen Kund*innenkontakts. Das Gesetz sieht vor, dass die Antragstellung persönlich erfolgen muss. Wir mussten unsere Abläufe komplett umstellen. Unsere Telefonanlage war auf diese Situation nicht ausgelegt und wir hatten noch kein telefonisches Servicecenter. Und als wir noch Zusatzaufgaben vom Bund im Bereich der Einbürgerung dazubekommen haben, z. B. Brexit, sind die Anträge deutlich angestiegen, es kam zu langen Wartezeiten und zu den Mediengeschichten.

Wie ist es Ihnen damals ergangen?

Hufgard-Leitner: Was mich persönlich sehr geärgert hat, war, dass Missstände nicht dem System zugerechnet worden sind, sondern den Mitarbeiter*innen. Unsere Mitarbeiter*innen arbeiten extrem viel. In den letzten Jahren oft auch am Samstag, um bessere Ergebnisse für die Kund*innen zu erzielen. Ich bin unglaublich stolz auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Was unsere Leute leisten, ist unglaublich. Das Arbeitspensum und der Einsatz sind enorm.

Obermüller: Was mich dabei besonders ärgert, ist, dass bei diesen Angriffen immer wieder



BILD © MICHAELA BRÜCKBERGER/HGT

Mag. Hufgard-Leitner hat im Sommer 2020 die Leitung der MA 35 übernommen

mal der politische Rückhalt durch den zuständigen Stadtrat fehlt. Ich beobachte, dass unsere Kolleg*innen deshalb immer mehr Druck verspüren. Wenn er dann noch öffentlich sagt: „In einem Jahr sind alle Rückstände abgearbeitet!“, dann habe ich dafür kein Verständnis. Wir wissen beide, dass dies im Bereich der Staatsbürgerschaft derzeit noch unrealistisch ist!

Was erschwert es?

Hufgard-Leitner: Was schon zu beobachten ist: Wir bekommen sehr viel Rückhalt in Form von zusätzlichen Ressourcen von der Politik und der Stadt insgesamt.

Als Zusatzaufgabe des Bundes haben wir etwa die Verleihung der Staatsbürgerschaft an Nachfahren der NS-Opfer bekommen. Für 99 Prozent aller Fälle ist Wien zuständig. 2021 haben sich die Anträge im Bereich der Einbürgerung dadurch verfünffacht. Und die Gesetzeslage im Staatsbürgerschaftsrecht ist sehr komplex. Wir haben zwar neue Dienstposten dazubekommen. Bis wir Leute aufgenommen und eingeschult haben, vergeht aber fast ein Jahr.

Welche Schritte wurden noch gesetzt?

Hufgard-Leitner: Wir haben ein Online-Terminsystem eingeführt,



BILD © MICHAELA BRUCKBERGER/HGT

Hufgard-Leitner im Gespräch mit HG 1-Vorsitzendem Manfred Obermüller und teamwork-Chefredakteurin Karin Zauner-Lohmeyer

ein telefonisches Servicecenter eingerichtet und zusätzlich noch unsere interne Telefonie von drei auf 25 Mitarbeiter*innen aufgestockt. Und wir haben das Business-Immigration-Office eröffnet. Die monatlichen Erledigungen im Bereich Einwanderung konnten wir wieder über das Niveau von vor Beginn der COVID-19-Pandemie heben.

Ist es schwer, Personal für die MA 35 zu bekommen? Wie sieht es mit den Dienstpostenbewertungen und Gehältern aus?

Obermüller: Wir haben in der MA 35 sehr hohe Dienstpostenbewertungen und attraktive Einstiegsgehälter – wissend, dass die Aufgaben im Bereich Einwanderung und Staatsbürgerschaft sehr komplex und die Kund*innen nicht immer einfach sind. Es kommt hin und wieder zu Beleidigungen und unangenehmen Situationen. Daher ist die Fluktuation leider ziemlich hoch. Zudem wird die MA 35 von den Medien auch immer wieder ange-

griffen. Das ist gerade für junge Mitarbeiter*innen nicht leicht zu ertragen.

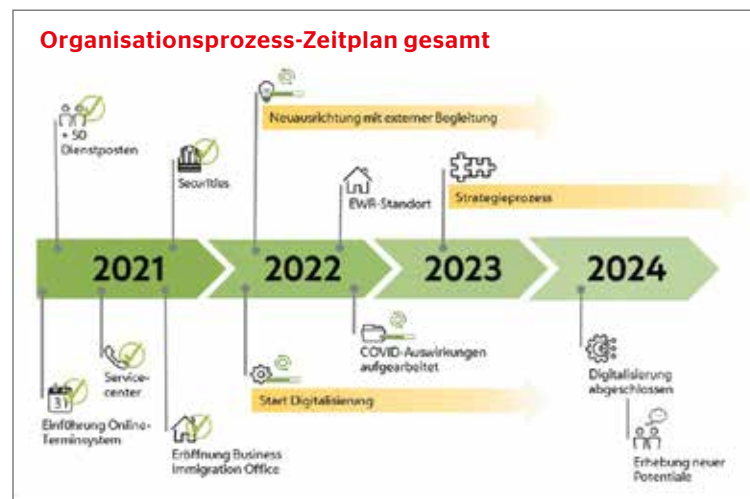
Was wurde beim Thema Sicherheit verbessert?

Hufgard-Leitner: Wir haben Securities und Ordner organisiert. Sie helfen bei der Lenkung der Kund*innenströme. Durch das Online-Terminbuchungssystem

kommt es vor Ort kaum zu Wartezeiten. Das entspannt die Situation sehr.

Macht der Bundesgesetzgeber nicht auch eine Ressourcenabschätzung, wenn neue Aufgaben auf Landesebene dazukommen?

Hufgard-Leitner: Natürlich haben wir in den vergangenen Jahren mit zusätzlichen Aufgaben auch



Der Reformprozess in der MA 35 - Einwanderung und Staatsbürgerschaft

immer wieder zusätzliches Personal bekommen. Zuletzt noch einmal zusätzliche 50 Dienstposten, aber auch im Zusammenhang mit der Staatsbürgerschaft von NS-Opfern und deren Nachkommen gab es deutliche Aufstockungen.

Obermüller: Das klingt viel, aber diese Dienstposten verpuffen angesichts des hohen Workloads.

Hufgard-Leitner: Zu den Änderungen auf Bundesebene kommen aber immer wieder auch andere Entwicklungen dazu, die den Arbeitsaufwand deutlich erhöhen. Seit Beginn des Ukraine-Kriegs sehen wir eine deutlich gestiegene Nachfrage nach der österreichischen Staatsbürgerschaft, oft auch von Menschen die bereits lange hier leben. Das bedeutet, dass wir auch hier wieder reagieren müssen.

Was sind die Ziele? Wohin entwickelt sich die MA 35?

Hufgard-Leitner: Bis Ende 2024 verfolgen wir drei Ziele: die Reduktion der Belastung für die Mitarbeiter*innen, die Erhöhung der Serviceleistungen für die Kund*innen und den schnelleren Ablauf von Verfahren. Dabei setzen wir auf das Potenzial unserer

eigenen Mitarbeiter*innen. Sie stehen mit ihrer Erfahrung, ihren Ideen und ihrer Kreativität im Zentrum des Reformprozesses. Mit der externen Begleitung, die uns bei dem Organisationsentwicklungsprozess unterstützt, haben wir verschiedene Formate eingerichtet. In sämtlichen Ar-

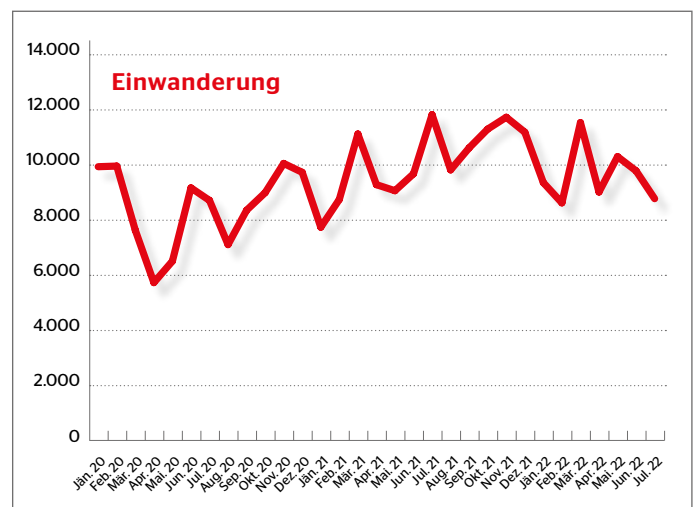
beitsgruppen sind nicht nur Führungskräfte, sondern alle betroffenen Rollen vertreten. Zusätzlich haben wir auch einen Mitarbeiter*innen-Beirat eingerichtet und stimmen uns eng mit der Personalvertretung ab.

chefredakteurin@fsg-hg1.at



BILD: © MICHAELA BRUCKBERGER/HGT

Manfred Obermüller macht im Gespräch deutlich, dass er hinter den Mitarbeiter*innen der MA 35 steht und sich auch weiterhin dafür einsetzen wird, dass es zu einer Entlastung der Mitarbeiter*innen kommt



Entwicklung der monatlichen Erledigungen im Bereich Einwanderung Jänner 2020 bis Dezember 2021. Die Zahl der abgeschlossenen Verfahren im Einwanderungsbereich stieg um etwa 20 %, im EWR-Bereich wird rund die Hälfte der Anträge sogar am selben Tag erledigt. Mit dem Business Immigration Office wurde ein One-Stop-Shop für Fachkräfte aus Drittstaaten eingerichtet.

Stadt Wien - Einwanderung und Staatsbürgerschaft

Anzahl der Mitarbeiter*innen:

2020: 525

2021: 613

2022: 636

Anzahl der erledigten Anträge:

2020: 125.000

2021: 150.000

Neue Aufgaben

Brexit

Bis 31. Dezember 2020 bestand ein unionsrechtliches Aufenthaltsrecht für Brit*innen und deren Angehörige in Österreich. Mit 1.1.2021 benötigten rund 5.000 Brit*innen zuzüglich Angehörige, die in Wien leben, einen Aufenthaltstitel. Ende der Antragsfrist war 31.12.2021. Der Antrag auf Aufenthaltsrecht muss bei der MA 35 gestellt werden. Diese prüft, ob das Aufenthaltsrecht besteht. Daher wurde in der Außenstelle Arndtstraße ein eigenes Brexit-Team (14 Mitarbeiter*innen) zur Entgegennahme, Bearbeitung und Erledigung der Anträge gegründet.

Staatsbürgerschaft für Nachkommen der NS-Opfer

Seit 1. September 2020 können Nachkommen von geflohenen NS-Opfern die österreichische Staatsbürgerschaft in einem vereinfachten Verfahren durch schriftliche Anzeige erwerben – eine Möglichkeit, die gerne angenommen wird. Dafür wurde ein eigenes Referat „Staatsbürgerschaftserwerb von Opfern des Nationalsozialismus“ eingerichtet. Das derzeit ca. 70-köpfige Team besteht aus Fallbearbeiter*innen, Historiker*innen, Kanzlist*innen und Jurist*innen, die einige Monate umfassend eingeschult wurden, um die Anzeigeleger*innen intensiv bei der Erlangung der Staatsbürgerschaft zu begleiten.

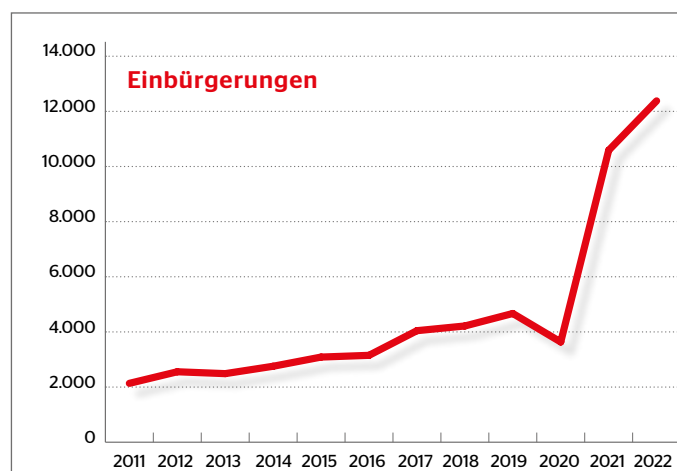
Erfolge 2021:

- Im Vorjahr wurden dreimal so viele Staatsbürgerschaften verliehen wie in den Jahren zuvor.
- Die Zahl der abgeschlossenen Verfahren im Einwanderungsbereich stieg um etwa 20 %.
- Mit dem „Business Immigration Office“ konnte ein One-Stop-Shop für Fachkräfte aus Drittstaaten eingerichtet werden.



BILD: © MICHAELA BRUCKBERGER/HGT

Hufgard-Leitner weist auf die Erfolge der MA 35 hin und stellt die unterschiedlichen Teilprojekte im Zuge der Weiterentwicklung vor, die bis Ende 2024 fertiggestellt sind



Durch das Land Wien verliehene Staatsbürgerschaften zwischen 2011 und 2021, Quelle: Statistik Austria. Darin beinhaltet sind die Einbürgerungen nach § 58c für NS-Opfer und deren Nachkommen. Bereits abgeschlossene, aber durch die Botschaften noch nicht zugestellte Erledigungen sind darin nicht enthalten.

Steigende Preise & Inflation - was tun?

Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, aber auch die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels befeuern die Kostenexplosion. Umdenken und Sparen sind gefragt.

Die Teuerungswelle spüren mittlerweile alle. Ein normaler Wocheneinkauf kostet gefühlt das Doppelte als noch vor einigen Monaten. Bei den Energiepreisen fürchten viele die kommenden Jahresabrechnungen. Die Gewerkschaften haben zwar klargemacht, dass sie bei den anlaufenden Lohnverhandlungen die Inflation abgegolten haben wollen – aber die Gehaltserhöhungen sind jetzt noch nicht im Börserl. Wie sich die Teuerung in den nächsten Monaten entwickelt, kann niemand vorhersagen. Die Anti-Teuerungsmaßnahmen der Bundesregierung sind hauptsächlich Einmalzahlungen, die zwar in Summe viel Geld kosten, aber sofort verpuffen und der Bevölkerung nicht nachhaltig helfen – vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen brauchen weit mehr Unterstützung.

Alltagsverhalten ändern

Alltags- und Konsumverhalten vieler Kolleg*innen haben sich darum bereits deutlich geändert. Ausgaben stehen auf dem Prüfstand – ist die Anschaffung wirklich nötig? Kann ich das Produkt günstiger bekommen? Oder besser den Kauf verschieben? Kolleg*innen erzählen einander, wie sie vorgehen und tauschen Spartipps aus: Das gute alte Haushaltsbuch zum Beispiel kommt wieder in Mode. Denn wer mit seinem Einkommen bis zum Monatsende auskommen muss, tut tatsächlich gut daran, sämtliche Ein- und Ausgaben genau im Blick zu behalten.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / ANDREY POPOV

Jeder Euro zählt doppelt, wenn die Preise weiter so steigen und das Monatsende naht

Manche Ausgaben haben grundsätzlich Vorrang – Miete, Energie, Fahrtkosten (Arbeitsweg!), aber auch Unterhaltszahlungen und dergleichen. Wer diese Zahlungen nicht bedient, riskiert rasch schwere Probleme, und ein Teufelskreis kommt in Gang. Einfach das Girokonto überziehen, wenn es sich nicht mehr ausgeht? Keine gute Idee – es wäre die teuerste Variante.

Kluges Einteilen wichtig

Vorteilhafter sind rechtzeitig getroffene Ratenvereinbarungen, oder wenn es gar nicht mehr anders geht, ein offenes Gespräch mit der Bank, auch wenn es Überwindung kostet.

Ob die Preise wieder sinken, bleibt abzuwarten. Die kommende Heizsaison sorgt bei vielen aber jetzt schon für ein mulmiges Gefühl. Alleinerzieher*innen, Menschen mit geringem Einkommen oder Kleinpensionist*innen kamen schon vor der Teuerungswelle schwer über die Runden. Die Einmalzahlungen der Bundesregierung sind für die Menschen keine echte Hilfe. Was nötig wäre: klare politische Aussagen, worauf sich die Bevölkerung einstellen muss. Bis dahin hilft nur, selbst aktiv werden und die Informationsangebote nutzen.

teamwork@fsg-hg1.at

Haushaltsbudgetrechner:

z. B. www.schuldenberatung.at/budgetrechner

Energiespartipps:

z. B. https://arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/energiepolitik/Tipps_fuers_Energiesparen.html

Sie fragen – wir antworten

Es gibt immer wieder Fragen, wie etwas im Dienst- und Besoldungsrecht genau geregelt ist. Unsere Fachreferent*innen informieren Sie in jeder Ausgabe über alle Details zu den häufigsten Themen.



BILD: © PETRA SPOLAH/HT

Margit Pollak

Bekomme ich eine Kinderzulage, wenn mein Kind das 18. Lebensjahr vollendet hat?

Unter bestimmten Voraussetzungen, ja!

Für ein Kind, welches das 18. Lebensjahr vollendet hat, besteht Anspruch auf die Kinderzulage, wenn

- für das Kind Familienbeihilfe gebührt,
- für volljährige Kinder, die sich in Berufsausbildung befinden und die die Voraussetzungen für die Gewährung der Familienbeihilfe erfüllen,
- das Kind, welches das 26. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, den Präsenzdienst oder Zivildienst leistet und für das Kind unmittelbar vorher Kinderzulage gebührte – und weder das Kind noch sein/e Ehegatte/in über eigene Einkünfte verfügen, die die Hälfte des Anfangsgehalts der Verwendungsgruppe C erreichen.

WICHTIG! Die Auszahlung erfolgt nicht automatisch durch die MA 2, sondern nur nach Meldung.

Grundlage für die Kinderzulage ist der Familienbeihilfenbescheid oder die Mitteilung (Kopie) des Finanzamts. Die Auszahlung erfolgt für jenen Zeitraum, für den die Familienbeihilfe vom Finanzamt weiter anerkannt wurde.

Höhe gemäß Beschäftigungsausmaß

Die Kinderzulage ist ein Bezugsbestandteil und wird nach Höhe des Beschäftigungsausmaßes ausbezahlt. Das bedeutet: Nur bei Vollbeschäftigung wird die Kinderzulage in der gesamten Höhe von 14,53 Euro pro Kind ausbezahlt (siehe auch § 4 der Besoldungsordnung 1994).

margit.pollak@wien.gv.at



BILD: © PETRA SPOLAH/HT

Günter Unger

Was ist der ideale Zeitpunkt für eine Ruhestandsversetzung?

Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten, da neben den rechtlichen Grundlagen natürlich auch die persönlichen Gründe, zum Beispiel wann der/die Partner*in in Pension geht, ob man Pendeln muss, ob die Kinder (noch) studieren und vieles mehr, den Zeitpunkt beeinflussen.

Aber ein guter Zeitpunkt ist sicherlich, wenn man abschlagfrei in den Ruhestand treten kann. Die Pensionsordnung 1995 sieht dazu vor, dass mit Erreichen des gesetzlichen Pensionärrittalters (65. Lebensjahr), unabhängig von den ruhegenussfähigen Dienstzeiten, keine Altersabschläge mehr verrechnet werden.

Individuell berechnen

Die zweite Möglichkeit, abschlagfrei in den Ruhestand zu treten, ist ab Erreichen des sogenannten Mindestpensionsalters (dazu sind 540 ruhegenussfähige Monate Voraussetzung) gegeben. Ab diesem Zeitpunkt beginnt das sogenannte „Bonus/Malus-System“ zu laufen. Mit jedem Monat, das man über das Mindestpensionsalter hinaus im Dienst verbringt, bekommt man einen Bonus von 0,28 %. Damit heben sich die Abschläge vor dem gesetzlichen Pensionsalter (pro Monat 0,28 %) und der Bonus ab dem Mindestpensionsalter in „der Mitte“ zwischen Mindest- und Regelpensionsalter auf, und man kann zu diesem Zeitpunkt abschlagfrei in den Ruhestand treten.

Wegfall der Abschläge

Die dritte Variante: wenn man aus gesundheitlichen Gründen nach einem Dienstunfall in den Ruhestand versetzt wird und eine Geldleistung nach dem Unfallfürsorgegesetz 1967 bekommt. Unter dieser Voraussetzung fallen die Abschläge ebenfalls weg.

guenter.unger@wien.gv.at

Sommerabschluss



BILD: © PRIVAT

Die Preisträger*innen 2022 (v.l.n.r.): Jonas Lamprecht, Florian Krehan, Sandra Spitoch, Dominik Knopfhart, Lisa Fiala, Mario Rainer, Florian Pölleritzer, Katharina Nasralla, Jakob Fiala

Die Jugend der Hauptgruppe 1 verabschiedete den Sommer wie schon im letzten Jahr mit einem coolen Beachvolleyball-Turnier am KSV-Platz. Die Nachfrage war groß – auch nach den kühlen Getränken vor Ort. Die jungen Mitglieder

kämpften in ihren Teams jeweils zu dritt um den ersten Platz, gespielt wurde mit großem Einsatz und einer anständigen Portion Ehrgeiz. Bei der Preisverleihung am 16. September im Jugendclub Ypsilon bekamen die Gewinner*innen Westfield

Shopping-Gutscheinkarten. Für das Team am 3. Platz war es ein Gutschein im Wert von 10 Euro, der 2. Platz erhielt einen 20 Euro-Gutschein, und für den 1. Platz wurden 50 Euro vergeben.

stephanie.grguric@younion.at

Angst vor dem Start in die Arbeitswelt?

Die YOUNG younion plant, im November ein Treffen für alle neuen Lehrlinge zum Austausch mit älteren Kolleg*innen zu organisieren – um den jungen Kolleg*innen von den eigenen Erfahrungen zu Beginn des ersten Lehrjahrs zu erzählen, ein paar Tipps und Tricks für den Start in die Arbeitswelt mitzugeben und ihnen ihre Sorgen und Ängste zu nehmen. Stattfinden soll das Treffen im November in unserem Jugendclub Ypsilon im Gasometer – genauere Infos fol-

gen zeitgerecht auf den Social Media Kanälen.

Wenn du die nächste Veranstaltung nicht verpassen möchtest,

verfolge am besten unsere Social Media Kanäle.

Instagram: @young.younion und @clubypsilon

Club Ypsilon

Unser Jugendclub ist wieder geöffnet!

Öffnungszeiten: Dienstag 17:00 bis 21:00 Uhr

Freitag 17:00 Uhr bis Open End

Adresse: Guglgasse 12, 1110 Wien, Gasometer Turm C, Objekt 39-40

Anfahrt: U3 Gasometer

Wir freuen uns auf dich!

Teuerung: Alleinerzieherin, Teilzeit, Schuldenfalle ...

Die Auswirkungen der Teuerungswelle auf unseren Alltag werden Tag für Tag mehr – die Zahl der Schuldnerberatungen speziell für Frauen steigt rasant.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / BEARFOTOS

Immer mehr Frauen, vor allem Alleinerzieherinnen und Teilzeitkräfte, bangen diesen Herbst wegen der Teuerung um ihre Existenz

Frauen sind von Krisen immer besonders betroffen. Das hat uns die Coronapandemie wieder einmal deutlich vor Augen geführt. Mit dem Ukraine-Krieg und der Klimakatastrophe schlittern wir von einer Krise in die nächste. Die Gegenmaßnahmen seitens der Bundesregierung sind zahnlos und wenig hilfreich.

Noch zu Beginn der Corona-Krise wurden vor allem Frauen – die den Großteil der Beschäftigten in den Pflegeberufen, dem Reinigungssektor sowie im Handel stellen – als Heldinnen abgefeiert; sobald es um die faire Bezahlung für die erheblichen Mehrleistungen ging, wurde es aber rasch sehr still. Dabei wird gerade in diesen – systemrele-

vanten! – Branchen nicht üppig entlohnt.

Beschämend

Die Armutsgrenze für einen Erwachsenen mit einem Kind liegt bei einem Nettoeinkommen von 1.782,30 Euro. Man braucht kein Wirtschaftsstudium, um sich auszurechnen, wie die Zahl der Betroffenen aufgrund der horrend gestiegenen Kosten explodieren wird. Alleinerzieherinnen und Teilzeitkräfte trifft die Teuerung am härtesten. Die gestiegenen Energie- und Lebensmittelkosten schlagen sich bei ihnen überproportional zu Buche. Kindergeburtstage, Ausflüge, Kinobesuche oder sportliche Betätigungen werden zu einer echten finanziellen Herausforderung. Für die Entwicklung der Kinder sind

solch soziale Ereignisse jedoch essentiell.

Es ist beschämend, dass wir in einem der reichsten Länder der Welt leben und uns mit Armut trotz Erwerbstätigkeit beschäftigen müssen.

Armutsfalle Teilzeit

Durch Teilzeitarbeit verschlechtert sich vor allem bei Alleinerzieherinnen der Lebensstandard noch zusätzlich. Die Entscheidung in Teilzeit zu arbeiten, ist meist aber keine freiwillige. Denn es fehlen die nötigen Rahmenbedingungen für alleinstehende Elternteile, insbesondere Kinderbildungseinrichtungen und Vollzeitstellen mit kinderbetreuungsgerechten Arbeitszeiten. Frauen sollten darum jetzt besonders genau hinschauen und den Rechenstift anzusetzen, ob das Einkommen die Lebenserhaltungskosten auch deckt. Denn die Teuerungswelle wird uns noch lange begleiten.

Für Teilzeitarbeitende empfiehlt es sich, gut zu überlegen, unter welchen Voraussetzungen ich vielleicht doch mein Beschäftigungsausmaß erhöhen kann, um nicht in eine Kredit- oder gar Schuldenspirale zu geraten und am Ende des Erwerbslebens dann auch noch mit Altersarmut kämpfen zu müssen.

regina.mueller@wien.gv.at

Wirtschaftliche Unabhängigkeit auch in Krisenzeiten sichern.



BILD: © PETRA SPOLAHNG

Regina Müller
Frauvorsitzende
sowie Referentin für
Frauen, Jugend und
Diversität

Auf die Jungen darf nicht vergessen werden!

Für die Beschäftigung von Kolleg*innen mit Behinderungen ist es wichtig, junge behinderte Menschen nach der Lehre beim Berufseinstieg zu unterstützen!



BILD: © PHILIPP SCHUSTER/HGT

Ruth Kaltenbacher
Vorsitzende der
Behindertenver-
trauenspersonen
der HG 1

Behinderten-
vertrauensperson
im DA 101

Als größte Arbeitgeberin Österreichs setzt die Wiener Stadtverwaltung auf qualifizierte Lehrlingsausbildung – auch Lehrlinge mit Behinderungen werden ausgebildet. Im Jahr 2021 waren es vier. Engagierte Lehrlingsausbilder*innen begleiten Lehrlinge mit Behinderungen in den Dienststellen beim Einstieg in den Fachbereich, auch ein Jobcoaching steht bei Bedarf zur Verfügung. Die Lehrlinge selbst geben ihr Bestes, um die Ausbildungsziele zu erreichen und die Lehrabschlussprüfung positiv zu absolvieren.

Potentiale erkennen

Nach erfolgreichem Lehrabschluss wird der/die Kolleg*in mit Behinderung ein Jahr befristet bei der Stadt Wien beschäftigt. In diesem Jahr kommt es jedoch immer wieder zu Problemen, weil die nun geforderten Tätigkeiten nicht unbedingt mit der Behinderung kompatibel sind. So ist es für eine hochgradig schwerhörige Kollegin zu anstrengend, im intensiven Kundenkontakt tätig zu sein, da das Erfassen des Gesprochenen inklusive Lippenlesen extreme Konzentration erfordert. In Arbeitsfeldern mit wenig bzw. ohne Kundenverkehr würde sie jedoch perfekt bestehen können. Soll ein stark sehbehinderter Kollege z. B.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / GOODLUZ

Auf den richtigen Aufgabenbereich
kommt es an

in einer Dienststelle alte handschriftliche Dokumente sichten und verarbeiten, ist er trotz aller Hilfsmittel nicht optimal eingesetzt. Normale Computerarbeit mit entsprechender Vergrößerungssoftware wäre ihm jedoch sehr gut möglich.

Adäquate Aufgabenbereiche

In solchen Situationen ist die Dienststelle oft ratlos, stellt eine negative Dienstbeurteilung in Aussicht und der/die junge Kolleg*in mit Behinderung ist verzweifelt. Als letzter Rettungsanker wird die Behindertenver-

trauensperson zu Hilfe gerufen. Dann beginnt die große Suche nach einer Dienststelle, in der der/die Kolleg*in mit Behinderung gut eingesetzt werden kann. Das ist auch schon gelungen – damit konnten Arbeitsplätze erhalten werden und die Kolleg*innen sind weiterhin erfolgreich bei der Stadt Wien tätig.

Vorzeigemodell

Wir Behindertenvertrauenspersonen helfen gerne mit unserem Wissen und unseren Netzwerken. Ich wünsche mir jedoch von der Dienstgeberin, dass die jungen Menschen durch geeignete Unterstützungsstrukturen besser im Berufsalltag begleitet werden. Mitarbeiter*innen mit Behinderungen aus der Sonderaktion für Menschen mit Behinderung werden bereits erfolgreich durch Sozialarbeiter*innen unterstützt. Dieses Modell muss auf die jungen Kolleg*innen mit Behinderungen nach erfolgreichem Lehrabschluss bei Übernahme in den Dienst der Stadt Wien ausgeweitet werden.

ruth.kaltenbacher@wien.gv.at

**Wir unterstützen Dienststellen im
Umgang mit Mitarbeiter*innen mit
Behinderungen.**

Büro der Vertretung der Mitarbeiter*innen mit Behinderungen der Hauptgruppe 1

1190 Wien, Muthgasse 62, Riegel C, 3. Stock, Top C 314
Telefon +43 1 4000 38965
Mobil +43 676 811 83 89 66
E-Mail: behinderte@hg1.wien.gv.at
www.hg1.at/bvp

Digitalisierung – Chancen und Risiken

Home-Office, Digitale Bildung, Work-Life-Balance – Entwicklungen, die uns das Arbeitsleben erleichtern, aber auch so einige Herausforderungen mit sich bringen.

Die Pandemie hat gezeigt, wie schnell die Umstellung vom „Büroalltag“ in einen „digitalen Alltag“ möglich war. Die rasche Veränderung war und ist aber auch mit so einigen Herausforderungen verbunden. Die Digitalisierung birgt große Chancen, wenn es um die Verbesserung von Arbeitsbedingungen geht. Die Möglichkeit „im Homeoffice“ zu arbeiten, die Anwendung neuer Softwarelösungen sowie die flexiblere Zeit- und Arbeitseinteilung sind nur einige der positiven Entwicklungen.

Vor- und Nachteile

Die Kehrseite des technologischen Fortschritts: Es besteht die Gefahr der Entfremdung von der Arbeitswelt, soziale Kontakte fehlen, und es kommt zu deutlicher Überbelastung aufgrund des zunehmenden Arbeitsaufwands. Zusätzlich ergeben sich immer wieder Fragen rund um die Sicherheit der Privatsphäre, zum Datenschutz, zu gefährlichen Inhalten in E-Mails, Cyberkriminalität, Fake News – alles Themen, die im Auge behalten und präventiv beleuchtet werden müssen. Es gilt auch darauf zu achten, dass es im Zuge der Digitalisierung nicht zur Dauerüberwachung oder zu verschlechterten Arbeitsbedingungen für die Bediensteten der Gemeinde Wien kommt.

Wissen fördern

Gleichzeitig setzen wir uns verstärkt für digitale Bildungsangebote ein, um diesen Risiken recht-



Weiterbildung stärkt die persönliche Resilienz und verbessert die beruflichen Entwicklungsperspektiven

zeitig entgegenzuwirken und die Kolleg*innen davor zu schützen. Denn der Zugang zu Wissen und Informationen war noch nie so leicht wie heute. Bildung dient dazu, konkretes Wissen und praktische Kompetenzen zu erwerben. Bildung stärkt die Resilienz, sorgt für ein besseres Demokratieverständnis und für verbesserte ökonomische Perspektiven.

Lebensqualität sichern

Digitale Bildung hilft auch nachweislich, mit der stetig wachsenden Informationsflut und den sich ständig verändernden gesellschaftlichen Abläufen besser umgehen zu können. Sie macht zukunftsfit – für die Arbeitswelt, aber auch alle technologischen Entwicklungen generell. Diese

wollen wir bewusst und aktiv mitgestalten – um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, eine gute Work-Life-Balance zu schaffen und eine angemessene Weiterbildung für unsere Kolleg*innen zu gewährleisten.

Denn die Digitalisierung muss wie jeder Fortschritt immer im Dienste des Menschen und damit im Sinne der Mitarbeiter*innen stehen – und nicht umgekehrt. Dafür stehen wir und dafür setzen wir uns ein!

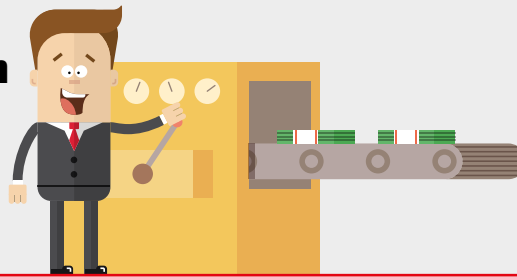
michael.lewisch@wien.gv.at

Wir setzen uns für eine adäquate digitale Aus- und Weiterbildung ein.



Michael Lewisch
Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Organisationsentwicklung

Seiten zum Nachdenken

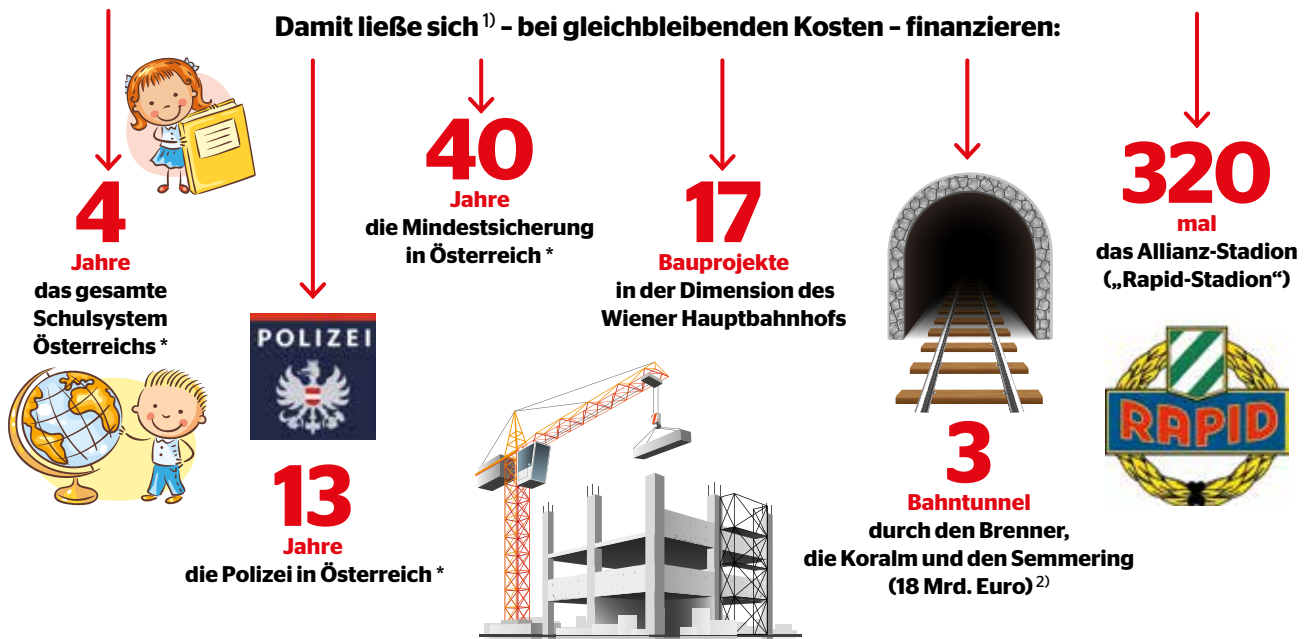


COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes (COFAG)

Die Geldverteilungsmaschine

Auszahlung der COFAG an Unternehmen bis Juli 2022 - in Euro:

17.000.000.000

Damit ließe sich¹⁾ - bei gleichbleibenden Kosten - finanzieren:

4.032

Euro pro Tag

haben die Rechtsanwälte der Wiener Sozietät Schönherr für den „Entwurf des Auftrags des Finanzministers zur Gründung der COFAG“ erhalten



405.186

Euro pro Jahr

hat der aus acht Mitgliedern bestehende Aufsichtsrat für seine Tätigkeit bekommen, 80.000 Euro der Vorsitzende, 60.000 Euro seine Stellvertreter, 40.000 Euro jedes einfache Mitglied - zuzüglich 800 Euro pro Sitzungstag



125.000

Euro pro Jahr erhielt der Aufsichtsrats-Schriftführer

8 Mio.

Euro erhielt Milliardär René Benko



1,7 Mio.

Euro erhielt der Gastronom Martin Ho

2,4 Mio.

Euro erhielt die Novomatic

1) www.derstandard.at/story/2000138402322/money-maker-cofag-die-corona-hilfsagentur-die-alle-zahlt 2) www.addendum.org/bahntunnel/drei-tunnel
<https://kontrast.at/groessten-corona-hilfen-oesterreich/>

* bei unveränderten Ausgaben

Echt gut! 😊

„Es scheint so, dass ein kleiner Kreis von Leuten unter sich bleibt.“

Wolfgang Peschorn, Präsident der Finanzprokurator, zu Berater- und Interessennetzwerken – auch in der COFAG ✓✓

„Würde sich die Regierung wirklich um junge Menschen scheren, würde es schon längst umfassende Entlastungen gegen die Teuerung geben. Jetzt brennt es und die Bundesregierung hat offensichtlich keinen Plan.“

Claudia O'Brien, Vorsitzende Junge Generation in einer VSStÖ-Aussendung ✓✓

Echt böse! 🙄

„Die Alternative ist, dass Sie zwei sich gegenseitig interviewen.“

FPÖ-Chef Herbert Kickl im ORF-Sommergespräch ✓✓

„Mir war nicht bewusst, dass ich auf einem ÖVP-Ticket sitze.“

Ex-OMV-Aufsichtsratschef Wolfgang C. Berndt im ÖVP-Untersuchungsausschuss ✓✓

„Es ist ja bekannt, dass ich eher kein Florettfechter bin, sondern lieber den Säbel kreuze. Oder auch manchmal zum Bihänder greife.“

Hofburg-Bewerber Gerald Grosz im Standard-Interview ✓✓

**Post aus Brüssel****La canicule - Die Hitzewelle**

Bei durchschnittlich 199 Regentagen pro Jahr in Brüssel gibt es viele Worte für Regen in all seinen Aggregatzuständen. Seit einigen Sommern hat sich das radikal geändert, und 2022 reden wir immer öfter über „la canicule“, die Hitzewelle.

Belgien wird ab dem Nationalfeiertag am 21. Juli ganz ruhig, Geschäfte und die EU-Institutionen gehen in die Sommerpause. Auch die Eisenbahn hat Mitte Juli 30 Züge gestrichen, da die „Hitze untertags die Schienen gefährdet“. Wer aus der heißen Stadt flüchtet, nimmt eben einen Morgen- oder Abendzug. Denn anders als in Wien gibt es in Brüssel nur wenige Möglichkeiten, sich gratis oder günstig abzukühlen. Kein einziges öffentliches Sommerfreibad, nur drei öffentliche Hallenbäder. Kein Gewässer, zu dem wir einfach mit der U-Bahn fahren können, um ins Wasser zu springen. Die wenigen Sportbecken sind meist von Klubs belegt, private Schwimmbäder rar und vor allem teuer.

Seit ein paar Jahren versucht die Initiative „pool is cool“ Abhilfe zu schaffen und hat letztes Jahr in Anderlecht, einer Brüsseler Gemeinde mit starkem Arbeiter*innen-Anteil, ein temporäres Schwimmbad namens „Flow“ errichtet. Um zwei Euro können Erwachsene während fix zu buchender Zeitfenster schwimmen – eine Dreiviertelstunde lang. Kinder zahlen die Hälfte. Der Pool ist 17 Meter lang und sieben Meter breit, klar, dass da die Leute sortiert werden müssen. Ein Erfolg ist es trotzdem, nicht nur für die Menschen, die hier plantschen, schwimmen und schwimmen lernen können, sondern auch die Idee: „Flow“ ist unter den Finalisten des Europäischen Preises für öffentliche Räume in Städten. Eine schöne Anerkennung für ein Projekt, das angesichts der Hitzewellen immer wichtiger wird.

Michaela Kauer MBA

Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt Wien in Brüssel



Dr.ⁱⁿ Kathrin Ludvik-Gangelberger

Bereichsleiterin für grundsätzliche Angelegenheiten des Förderwesens im Magistrat

Seit 2009 bei der Stadt Wien, im Bezirksamt MBA 13/14 und MBA 1/8, in der MA 26 (Abteilung für Datenschutz und E-Government), und der MA 5 (Finanzwesen). Nach ihrem Doktoratsstudium absolvierte sie das Programm „Innovative Excellence“ der Wiener Stadtwerke, ab 2020 arbeitete sie in der Stabsstelle „Koordination und strategisches Förderwesen“.



Dr. Gerhard Jelinek

Leiter der Wiener Pflege-, Patientinnen- und Patienten-anwaltschaft (WPPA)

Studierte Rechtswissenschaften, war Studienassistent am Institut für Handels- und Wertpapierrecht, und wandte sich nach der Gerichtspraxis dem Richterberuf zu. War ab 2014 Richter am BG Innere Stadt Wien, am BG Donaustadt (allgemeine Zivilsachen und Bestandstreitigkeiten), am HG Wien und am OLG Wien. 2008 wurde er zum Vizepräsidenten, 2015 zum Präsidenten des OLG ernannt.



Dr. Marko Miloradovic

Bereichsleiter für strategische Angelegenheiten der Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

2015 juristischer Mitarbeiter des Verwaltungsgerichts Wien (VGW). 2016 und 2017 Referent im Kabinett des BM für Gesundheit und Frauen. Ab 2018 bei der Stadt Wien Referent der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales, ab 2021 stv. Büroleiter der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke.



DIⁿ Ute Schaller

Gruppenleiterin in der Baudirektion

Architekturstudium an der TU Wien, seit 1997 im Dienst der Stadt Wien. Zehn Jahre in der MA 37 (Baupolizei), dann in der MA 21B (Flächenwidmung) tätig. Ab 2010 in der Baudirektion u. a. Programmleiterin für das Zielgebietsmanagement „Donauraum Leopoldstadt-Prater“. 2021 Projektleiterin für die Seestadt Aspern und Programmleitung „Stadtentwicklungsareale für lebenswertes Wohnen“.



Dr. Karl Fink

Leitender Chefarzt der KFA

Ausbildung zum diplomierten Gesundheits- und Krankenpfleger beim damaligen Wiener Krankenanstaltenverbund, Medizinstudium und Ausbildung zum Facharzt für Neurologie. Von 1999 bis 2019 im Gesundheitsdienst der Stadt Wien (MA 15) maßgeblich an der Struktur- und Prozessentwicklung für die Sanitäre Aufsicht in Gesundheitseinrichtungen tätig, 2019 Wechsel in den Chefarztlichen Dienst der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Wien (KFA).



Anita Zemlyak

Bereichsleiterin für kulturelle Stadtentwicklung

War im Kulturmanagement u. a. als Geschäftsführerin von Basis.Kultur.Wien-Wiener Volksbildungswerk und der Tschauner Bühne tätig. Knapp 20 Jahre im Bundesministerium für Unterricht und Kunst und im Bundeskanzleramt, Kunstsektion und acht Jahre als Büroleiterin der Geschäftsgruppe Kultur der Stadt Wien tätig. Seit 2016 Abteilungsleiterin der MA 7 (Kultur).

Unbeugsame Frauenrechtlerin und Sozialpolitikerin

Amalie Seidel

Amalie Ryba wird als Tochter eines Schlossers 1876 in Wien geboren. Bereits im Alter von 12 Jahren verlässt sie die Bürgerschule, um als Dienstmädchen zum Lebensunterhalt ihrer Familie beizutragen. Mit 16 Jahren tritt sie dem Gumpendorfer Arbeiterbildungsverein bei, wo sie bald als begabte Rednerin auffällt. Nachdem sie 1893 öffentlich als Rednerin auftritt, wird sie zu drei Wochen Haft verurteilt. 1895 heiratet sie den Konstrukteur Richard Seidel, mit dem sie zwei Töchter hat, die sie nach dem Zerbrechen der Ehe allein aufzieht.

Danach ist sie Textilarbeiterin und organisiert den ersten Frauenstreik Österreichs, den „Streik der 700“, bei dem die Verminderung der täglichen Arbeitszeit von 13 auf 10 Stunden sowie der arbeitsfreie 1. Mai gefordert werden. Amalie Seidel engagiert sich auch aktiv in der Frauenbewegung. Sie wird Schriftführerin des Lese- und Debattierclubs Libertas, im Jahr 1900 Vorsitzende des Frauenbezirkskomitees und 1902 des Frauenreichskomitees. In all ihren Funktionen setzt sie sich energisch für die Emanzipation der Frauen ein.

Nach Ausrufung der Republik wird sie von 1919 bis 1934 Abgeordnete zum Nationalrat, von 1918 bis 1923 auch Mitglied des Wiener Gemeinderats. In den Jahren 1919/1920 ist sie Stadträtin für Jugendfürsorge und Gesundheitswesen. Von 1920 bis 1923 arbeitet sie intensiv mit Julius Tandler zusammen. Die Schwerpunkte ihrer politischen Tätigkeit liegen bei der Jugendfürsorge



„Wir müssen vom 14. Jahr an in den Fabriken arbeiten - und unsere Arbeit baut den Reichtum unserer Ausbeuter auf.“

und dem Gesundheitswesen. Sie bekämpft das System der Pflegeeltern, bei dem Kinder von privaten Pflegeeltern vielfach nur wegen des damit verbundenen Geldes und der Gewinnung einer weiteren Arbeitskraft aufgenommen wurden. 1920 gründet sie das Wiener Jugendhilfswerk und initiiert den Bau von Kinderfreibädern in Wien.

Nach den Februarkämpfen 1934 wird sie einen Monat lang inhaftiert und zieht sich daraufhin aus der Politik zurück. Dennoch stellt sie ihre Wohnung für illegale Treffen sozialistischer Frauen zur Verfügung. 1938 heiratet sie den jüdischen Wiener Kommunalpolitiker Sigmund Rausnitz, um ihn durch diese Ehe vor den Nazis zu schützen. Rausnitz verübt 1942 Selbst-

mord, was Seidel schwer trifft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg lebt Amalie Seidel bis zu ihrem Tod im Jahr 1952 bei ihrer Tochter Emma und deren Ehemann Karl Seitz, dem einstigen Staatsoberhaupt und Bürgermeister von Wien. Der Amalie-Seidel-Weg im 12. Bezirk wurde 2006 nach der Vorkämpferin für die Rechte der Frauen benannt.

„Sind wir reif genug, uns mit 14 Jahren ausbeuten zu lassen, werden wir wohl mit 20 wenigstens imstande sein, unsere Interessen zu wahren.“

Hilfe bei Tumor- und Bluterkrankungen

Das erfahrene Mediziner*innen-Team des Sanatorium HERA sorgt - unterstützt von modernster Technik - für die optimale medizinische Betreuung bei Krebserkrankungen.



Löblichgasse 14
1090 Wien
T +43 1 31 350-0

In der onkologischen und hämatologischen Ambulanz des Sanatorium Hera werden die verschiedensten Krebsarten sowie Blutbilderkrankungen fachlich abgeklärt und diagnostiziert. Die Ärzt*innen greifen dabei auf eine Reihe an Hilfsuntersuchungen, von der radiologischen Diagnostik bis zur gezielten Biopsie, zurück.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Diagnostik und Behandlung von Mammakarzinomen. Vom frühen Stadium bis hin zum metastasierenden Mammakarzinom werden die Patientinnen gemeinsam mit dem zertifizierten Brustgesundheitszentrum betreut.

Jeder Fall wird von einem hoch spezialisierten interdisziplinären Team im Rahmen des wöchentlichen Tumorboards (Mamma-board) besprochen, die weiteren Maßnahmen für die Patient*innen werden unter Einbeziehung aller relevanten Fachmeinungen gemeinsam beschlossen.



BILD: © CHRISTOPH WAGNER/SANATORIUM HERA

Auch etwaige operative Eingriffe sind bei Bedarf im Sanatorium Hera möglich

Zur Behandlung eines frühen Mammakarzinoms wird auf adjuvante bzw. neoadjuvante Chemotherapie sowie antihormonelle Therapie gesetzt, auf Immuntherapie oder die zielgerichtete Therapie mit monoklonalen Antikörpern.

Umfassende Therapie

Bei allen anderen soliden Tumor-erkrankungen erfolgt eine genaue diagnostische Aufarbeitung, bei entsprechender Diagnosestellung

wird der/die Patient*in an ein Kooperationszentrum zur weiteren Therapieplanung vorgestellt. Auch nicht akute Leukämie oder indolente Lymphome werden in der Spezialambulanz betreut und behandelt. Bei Bedarf werden auch Knochenmarkspunktionen durchgeführt.

Eisenmangel

Auch ein bestehender Eisenmangel kann in der hämatologischen Ambulanz abgeklärt werden. Symptome wie Müdigkeit, Abgeschlagenheit und Schwäche sind typische Anzeichen für Eisenmangel. Zusätzlich können Blässe, Kurzatmigkeit – vor allem unter Belastung – und Herzklopfen darauf hindeuten. Zur Abklärung eines Eisenmangels bzw. einer unklaren Anämie stehen alle notwendigen Untersuchungen inklusive Gastroskopie und Koloskopie zur Verfügung.



OÄ Dr. in Doris Papadimitriou
Fachärztin für Innere Medizin,
Hämatologie und internistische
Onkologie

Sanatorium Hera Fachbereich Innere Medizin

Terminvereinbarung
erforderlich!
Telefonische Anmeldung:
+43 1 31 350-45444
Online-Terminvereinbarung:
www.sanatoriumhera.at
Ambulanzzeiten:
Mo-Do: 08.00-14.30 Uhr
Fr: 08.00-12.00 Uhr

OÄ Dr. in Doris Papadimitriou

100 Jahre: Happy Birthday, KFA!

Die Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Wien ist 100! In schwierigen Zeiten hart erkämpft und heute ein unverrückbarer Fels, der der Brandung so mancher Angriffe solide standhält.

Der Weckruf hätte nicht lauter sein können: Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine funktionierende Gesundheitsvorsorge ist. Und die schwarz-blauen Sturmläufe auf die Selbstverwaltung der Krankenkassen haben uns die Bedeutung drastisch vor Augen geführt, dieses Erbe gut zu verwalten und zu verteidigen.

Was heute selbstverständlich klingt, war für arbeitende Menschen und ihre Angehörigen bis ins ausgehende 19. Jahrhundert ein unerreichbar scheinender Wunsch: eine gesetzliche Krankenversicherung. Erkrankungen stürzten damals viele Familien in eine finanzielle Notlage, denn jeder Arztbesuch, jedes Medikament, jeder Heilbehelf musste selbst bezahlt werden.

Erfolg der Gewerkschaften

Ausgerechnet ein Freitag, der 13. – für Abergläubische ein Sinnbild für Unglück –, sollte für viele zum Glückstag werden. Am 13.1.1922 ist die Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Wien (KFA) gegründet worden, ein Ergebnis des harten Kampfs der Gewerkschaften um die Rechte der Arbeitnehmer*innen. Von da an standen die Bediensteten der Stadt Wien und deren Angehörige unter ihrem Schutz. Damals waren es rund 80.000 Personen, heute sind es rund 131.000. Gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag lässt die KFA den ihr anvertrauten Menschen die bestmögliche Gesundheitsversorgung angedei-



v.l.n.r. KFA-Präsident Jürgen Czernohorsky, KFA-Generaldirektor-Stellv. Martina Feurer, Bürgermeister Michael Ludwig, KFA-Generaldirektor Norbert Pelzer, KFA-Vizepräsident Christian Meidlinger

hen – von der Vorsorge über die Akutbetreuung bis hin zur Folge-therapie, etwa in Einrichtungen zur Rehabilitation.

Noch mehr Service

Die KFA hat heute mehr als 11.000 Vertragspartner*innen und ist selbst ein wichtiger Player des Wiener Gesundheitssystems. „Durch den medizinischen Fortschritt

und die sich ändernden Bedürfnisse der Versicherten entwickelt sich die KFA laufend weiter“, sagte KFA-Generaldirektor Norbert Pelzer in seiner Rede auf der 100-Jahre-Feier Anfang Juli. „Was wir durch eine schlanke Verwaltungsstruktur und durch Digitalisierung einsparen, investieren wir in das bestmögliche Gesundheitsangebot für unsere Mitglieder.“

Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Wien

- **Versicherte: 131.000**
- **Mitarbeiter*innen: 140**
- **Vertragspartner*innen: 11.000**
- **Einrichtungen: Sanatorium Hera mit 15 Fachbereichen und einem Gesundheits- und Vorsorgezentrum, Arbeitsmedizinisches Zentrum der KFA**

Die Finanzierung der Leistungen der KFA erfolgt durch monatliche Beiträge der Mitglieder und der Dienstgeberin. Die Höhe des Beitrags hängt vom jeweiligen Einkommen ab. **Mehr Infos: www.kfawien.at**



Sichere **Wiener Wärme** jetzt und in Zukunft

Für viele Menschen war Wärme aus dem Heizkörper lange selbstverständlich. Nun ist das anders: Die Gasversorgung ist eines der großen Krisenthemen.

Die Krisenstäbe der Stadt Wien beobachten die Situation seit Monaten sehr genau und stehen in engem Austausch mit den Energieversorgern. In Wien wird es bei einem Gaslieferengpass nicht kalt in den Wohnungen, wie Wien Energie bestätigt.

„Zur Produktion von Fernwärme können unsere vier Heizwerke, die normalerweise der Spitzenabdeckung an besonders kalten Tagen dienen, auch mit Heizöl betrieben werden. Zusammen mit Müllverbrennung, Biomasse und Abwärme kann auch bei einem Gasengpass die Wärmeversorgung für Wien sichergestellt werden“, versichert Lisa Sophie Grohs, Wien Energie.

Nachhaltige Wärmezukunft

Noch ist die Gasabhängigkeit groß, doch in Wien soll das bald Geschichte sein. Laut dem Wiener Klimafahrplan wird die städtische Wärmeversorgung bis zum Jahr 2040 auf erneuerbare Energiequellen umgestellt. Die aktuelle Krise zeigt, dass die Wärme-

wende kein reines Klimaschutzthema ist, sondern auch für die Versorgungssicherheit von Vorteil ist.

Für Wiens Klimadirektor Andreas Januskovecz hat die Umstellung auf klimafreundliche Wärmeenergie höchste Priorität, denn: „Eine klimafitte Stadt ist auch eine krisensichere Stadt. Mit der Wärme-wende sind wir in Wien unabhängig von Krisen auf dem Weltmarkt. Aus diesem Grund bringen wir die Umstellung auf nachhaltige Heizsysteme weiter mit voller Kraft voran“, betont Januskovecz.

Beim Heizen sparen - so klappt es

Energiesparen ist sinnvoll, sowohl für die Umwelt als auch für die Geldbörse. Wiener Magistratslehrlinge lernen beim kostenlosen Energieführerschein die besten Tricks. Ursula Heumesser, Energie-Coach der MA 20, verrät: „Ein echter Wunderwuzzi im Büro ist die schaltbare Steckerleiste. Sie vermeidet den Standby-Verbrauch bei mehreren Geräten auf einmal.“

Energieeffizient handeln kann jede Person. Alleine das Senken der Raumtemperatur um nur ein Grad spart 6 Prozent Energie. Es gilt also: Frieren soll im Büro oder zuhause niemand. Achtsam mit Energie umgehen dürfen aber gerne alle.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / OLEG SENKOV

„Eine klimafitte Stadt ist auch eine krisensichere Stadt.“

Klimadirektor Andreas Januskovecz

In Zeiten wie diesen ist es oft schwierig mit den Gesprächsthemen in der Familie, unter Freunden und Bekannten. Meist wird über Probleme und Krisen diskutiert - und davon gibt es wahrlich genug.

„Das Glück liegt auf der Straße.“

Sieht man sich Nachrichtensendungen an, oder blickt in eine Zeitung, reiht sich ein Unglück an die nächste Katastrophe. All das trägt nicht unbedingt zu einer positiven Gemütsverfassung bei – im Gegenteil: Es gibt immer mehr Menschen, die unter Depressionen leiden, und es gibt auch immer öfter teils massive Streitigkeiten in den Familien. Die Stimmung ist häufig angespannt, gereizt. Es ist wie eine Negativspirale, die einen nach unten zieht. Leider können wir nicht alle Probleme dieser Welt lösen, aber wir können Einfluss auf unsere Stimmungslage nehmen. „Das Glück liegt auf der Straße“ – dieser alte Spruch

besagt, dass es an jedem Tag Dinge und Ereignisse in unserem Leben gibt, die positiv sind und uns vielleicht sogar erfreuen ... könnten, wenn wir ihnen denn auch Aufmerksamkeit schenken würden. Jedes dieser Kleinode kann einen Gegenpol zu all den schlechten Nachrichten darstellen und unseren Blick auch auf die durchaus vorhandenen positiven Dinge des Alltags lenken, ja vielleicht sogar dafür schärfen.

„Glück ist kein Geschenk der Götter, sondern die Frucht innerer Einstellung.“

Erich Fromm, Psychoanalytiker (1900–1980)

Wenn Sie diese positiven Erlebnisse am Ende des Tages dann auch noch zu Papier bringen, also Ihr eigenes kleines Glückstagebuch verfassen oder vielleicht Ihren Lieben zu Hause erzählen, bekommt der Tag eine ganz andere Färbung. Denn wenn Sie einen



BILD © PHILIPP SCHUSTER / IGT

„Nicht die Glücklichen sind dankbar. Es sind die Dankbaren, die glücklich sind.“

**Sir Francis Bacon,
englischer Philosoph (1561-1626)**

stressigen, unerfreulichen Tag mit einem angenehmen Gefühl beenden, wirkt sich das auch positiv auf Ihren Schlaf aus. Auch gut zu schlafen, ist ein kleines Stück Glück. Sollten Sie sich wieder einmal nicht so gut fühlen, können Sie dann in Ihrem Glückstagebuch blättern, um sich an die schönen Momente zu erinnern, wie wenn Sie sich ein Fotoalbum einer wunderbaren Reise ansehen. Und schon wird sich Ihre Stimmungslage verbessern.

In der Glücksforschung nimmt der Begriff der Dankbarkeit eine wichtige Rolle ein. Nehmen wir angenehme Erlebnisse und Situationen

nicht als selbstverständlich, sondern als etwas Kostbares wahr – und versuchen wir sie auch wertzuschätzen und zu genießen. Das tut der Seele und der Stimmungslage gut, und es wirkt sich auch auf das Beziehungsklima positiv aus. Teilen Sie diese Momente auch mit anderen, frei nach dem Motto: „Geteilte Freude ist doppelte Freude.“

Es sind oft nicht die großen Dinge, die wir bewegen können, doch wir können viel zum eigenen Wohlbefinden und dem Wohlergehen unserer unmittelbaren Umgebung beitragen. Es liegt also an uns, die persönlichen Scheinwerfer auf die vielen kleinen positiven Dinge des Alltags zu richten, die sonst im Schatten großer Katastrophen untergehen. Probieren Sie es doch einmal aus!

felix.steiner@fsg-hg1.at

Inhalt

Politik & Gewerkschaft

- 04 **Europa**
Wenn der Markt
doch nicht alles regelt
- 05 **Leitartikel**
COFAG-U-Ausschuss. Jetzt!

Hauptgruppe 1

- 12 **MA 2**
Gehaltspfändungen,
Privatkonkurse & Co
- 13 **MA 11**
Höchste Zeit für Veränderung
- 16 **Feuerwehr & Rettung**
Konvoi der Hoffnung

Gewerkschaft

- 25 **Frauen**
Teuerung: Alleinerzieherin,
Teilzeit, Schuldenfalle ...
- 26 **Behinderung**
Auf die Jungen darf
nicht vergessen werden!
- 27 **Bildung**
Digitalisierung -
Chancen und Risiken
- 28 **Seite zum Nachdenken**
COFAG - die
Geldverteilungsmaschine

Gesund & Leben

- 32 **Sanatorium HERA**
Hilfe bei Tumor- und
Bluterkrankungen
- 33 **KFA**
100 Jahre:
Happy Birthday KFA!
- 35 **Gedanken**
Das Glück liegt auf der Straße



BILD: © MICHAELA BRUCKBERGER/ING

„Intransparenz ist das Einfallstor für Korruption“, sagt Kabarettist Florian Scheuba im großen teamwork-Interview mit Karin Zauner-Lohmeyer



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / STOCK ROCKET

Brennpunkt MA 10 - Wiener Kindergärten:
Eine neue Leitung wird gesucht



Querrauzer - „Vampire in Anzügen“

teamwork

Nr. 3/2022

Sponsoring-Post

Verlagspostamt 1010 Wien

Zulassungsnummer

SZ 02Z030516 S

DVR: 0046655